

**75. Verhandlungstag  
am 06.03.1993**

**Tagesordnungspunkt 10:  
Sonstiges**

# Erörterungstermin Schacht Konrad

75. Tag, 6. März 1993

## Rednerverzeichnis

Name	Seite
Aust	17
Prof. Dr. Bertram	3
Chalupnik	1, 2
Eschemann	19, 29
Frau Free	9, 11, 12
Dr. Hülsmann	15 - 17
Frau Jacob-Prael	21
Kahle	2
Krüger	25, 27
Niehoff	17
Schermann	28
Frau Schermann	24, 25
Frau Schernus	18
Schmeling	9
Schröder	2, 12
Strahlmann	6, 7
Frau Streich	18, 19
Trustorff	8
Wenzel	13 - 15
Wessel	20

(Beginn: 10.02 Uhr)

**stellv. VL Janning:**

Meine Damen und Herren! Ich begrüße Sie zum 75. Verhandlungstag im Verfahren Schacht Konrad. Es ist heute der letzte Verhandlungstag. Wir haben von 10 Uhr bis 14 Uhr Zeit - vier Stunden - , uns noch einmal den Einwendungen der Betroffenen der Region zuzuwenden. Ich habe als erste Wortmeldung die von Herrn Chalupnik vor mir liegen. Bitte sehr!

**Chalupnik (EW):**

Einen recht schönen guten Morgen! Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Mikrophon 7, sieben Seiten, der 75. Tag, meine Hausnummer ist auch 7 - ich hoffe, es bringt mir Glück.

Zum letzten Mal in diesem Anhörungstermin: Chalupnik, Einzeleinwender.

Am Anfang meiner Ausführungen möchte ich allen Sachbeiständen im Namen der Einwender meinen Dank aussprechen.

(Beifall bei den Einwendern)

Mein besonderer Dank gilt den fünf eisernen Ladies, und zwar Frau Streich, Frau Traube, Frau Lange, Frau Krebs und Frau Schermann,

(Beifall bei den Einwendern)

die als Hausfrauen und Mütter in Sorge um ihre Familien die Zeit gefunden haben, an diesem Termin täglich teilzunehmen, was sicherlich nicht immer einfach war. Sie bildeten für mich einen ständigen Rückhalt. Frau Schermann z. B. hat durch ihre Bilder optisch ihren Empfindungen Ausdruck gegeben. Von den Ängsten der Menschen, der Gefährdung von Nahrung und dem genetischen Risiko der Frauen - ihre während der Erörterung gezeichneten Bilder sprechen ihre eigene Sprache.

(Beifall bei den Einwendern)

Zu Tagesordnungspunkt 10, Atomausstieg, hätte ich folgendes zu bemerken: Wenn weltweit die Durchseuchung mit Niedrigstrahlung festgestellt wird, ist das Ende der risikoreichen Energieerzeugung nicht mehr weit. Die Kernkraftwerke werden als Glühwürmchen in der Landschaft stehen - genau wie Tschernobyl - und eine ständige Drohung darstellen.

Zum Punkt Gefahrenpotential. Die Gefahren der Niedrigstrahlung und die damit verbundene mutagene und karzinogene Wirkung der Radionuklide sind aufgrund der vielfältigen Wirkungsmechanismen in vollem Umfang trotz Forschung nicht zu erkennen. Nuklearmediziner und Strahlenbiologen, auch auf diesem Erörterungstermin, haben diese unangenehme Tatsache sehr ausführlich dargestellt; sie sind eine sehr ernste Warnung für die Zukunft und Gegenwart.

Der dritte Punkt, Gefährdung durch Abfälle, ganz gleich welcher Art, wird allgemein abgelehnt. Eine De-

ponierung der Nuklearabfälle nach Abschaltung der Kernkraftwerke wird auch von Einwendern gegen Schacht Konrad befürwortet. Die Einlagerungsbedingungen müssten allerdings besser als die in Konrad geplanten sein. Umweltverträglichkeitsprüfungen, die unumgänglich sind, werden fragwürdig, wenn derzeit gestörte Verhältnisse erhalten werden sollen und Ausgleichsmaßnahmen einen weiteren Eingriff bedeuten. Umweltverträglich ist nur ein Eingriff, der keine Veränderungen und weitere Belastungen bringt.

Das Spiel mit den Bausteinen der Natur ist ein gefährliches Spiel. Wir kennen bis jetzt nicht alle Spielregeln dieser Bausteine, was die Schwerionenforschung zeigt. Und nun zwingen uns die Bausteine der Natur ihre Spielregeln auf.

Mit den Spielregeln der Anhörung hatten wir Einwender ebenfalls große Schwierigkeiten. Wenn wir gute Karten hatten, wurden sie durch uns unbekannte Regeln entwertet. Und wenn wir die Regeln beachtet haben, spielten die Gutachter und der Antragsteller nicht mit. Na ja - verzeihen Sie mir! -: ein Scheißspiel.

Aus diesem Grund, meine Herren von der Genehmigungskommission, sind Einwender mit ihren Sachbeiständen äquivalent - das ist ein Ausdruck, der hier häufig gebraucht wurde - den Gutachtern. Die Sachbeistände sind nicht befangen - also im Sinne Kläger und Beklagte, um das juristisch zu formulieren -, sondern Gutachter der Einwender und somit gleichrangig zu sehen.

Nun zu gestern. Während der gesamten Anhörungszeit habe ich wie einen roten Faden Radiolyse und sonstige Gasbildungsmechanismen betrachtet wissen wollen. Gestern wußte der TÜV davon nichts mehr. Merkwürdig. Oder nicht?

Nun zur Atommüllproduktion. Es wird gesagt, so viel sei das gar nicht. Und doch wird der Versuch unternommen, einen Okloreaktor zu installieren, zumindestens in chemischer Hinsicht. Ein Nuklearreaktor ist zumindest nicht auszuschließen, auch wenn letzteres unwahrscheinlich ist.

Meine Damen und Herren, die gesamte Menschheit hat in einer Kiste von einem Kubikkilometer Platz. Diese Kiste, auf einen Grat im Grand Canyon gestellt und von einem Dackel in die Tiefe geschubst, würde von zufälligen außerirdischen Besuchern nicht gefunden. Man würde sich nur über die auf der Erde vorhandenen Bauten wundern, mehr nicht.

Ich hätte noch viel zu sagen, aber die Zeit ist knapp, und andere Einwender möchten auch noch ihren Spruch loswerden. Daher will ich es kurz machen.

Nun zum Schluß, meine Damen und Herren: Unsere Botschaft an die ferne Zukunft ist das Zeichen für Radioaktivität. Meine Botschaft für die nähere Zukunft, d. h. die Gegenwart, sind zwei Schalen aus Ruster - als Baum heißt das ja, wie bekannt, Ulme - an die beiden Delegationsleiter der Anhörung, Herrn Dr. Schmidt-Eriksen und Herrn Dr. Thomaske. Dazu möchte ich folgen-

des sagen: Ein kleiner Käfer, drei bis sechs Millimeter lang - das ist der Ulmenspindkäfer -, kontaminiert mit den Sporen eines Pilzes, hat in diesem Fall einen Baum von 60 cm Durchmesser und einer Höhe von ca. 15 m umgebracht. Oder doch nicht? Denn das Pilzgeflecht hat die Lebensadern des Baumes verstopft und den Baum zum Absterben gebracht. So einfach ist das. Oder doch nicht? Erst das Zusammenwirken von zwei Faktoren - Pilz und Käfer, ähnlich den Gebinden und der Strahlung - hat den Baum sterben lassen.

Die beiden Schalen sollen Herrn Dr. Schmidt-Eriksen sowie Herrn Dr. Thomauske daran erinnern, daß es Einwender gegeben hat, und eine Mahnung sein bei Zusammenkünften, die in Folge der Anhörung sicherlich stattfinden werden. Hiermit übergebe ich, meine Damen und Herren, meine letzte Einwendung in diesem Termin. Vielen Dank, daß Sie mir zugehört haben.

(Beifall bei den Einwendern)

**VL Dr. Schmidt-Eriksen (GB):**

Herr Chalupnik, ich darf Ihnen auch im Namen meiner Kollegen danken. Im Namen meiner Kollegen deswegen, weil Sie uns ein besonders hartnäckiger Einwender waren, einer, der sich selten zufriedengegeben hat, einer, der immer wieder böse werden konnte, einer, der aber immer wieder zum gemeinsamen Gespräch zurückgefunden hat, egal wie sehr wir ihn verärgert haben. Dafür sind wir Ihnen sehr dankbar. Sie sind ein Einwender, der die gesamte Anhörung von vorne bis hinten, vom ersten bis zum letzten Tag verfolgt hat, der sicherlich mit mancher Eigenheit diesen Termin befruchtet hat. Berühmt geworden ist Ihr Vortrag über die Solitärwespen. Der bleibt allen in Erinnerung.

Herr Chalupnik, wir gehen nach 75 Tagen, nach fünf Monaten auseinander. Wir werden Sie auf jeden Fall in bleibender Erinnerung haben, und das nicht wegen dieses Geschenkes, für das ich Ihnen zum Schluß, weil Sie es mir gemacht haben, auch ganz persönlich herzlich danken darf. Danke sehr, Herr Chalupnik.

(Beifall bei den Einwendern)

**Dr. Thomauske (AS):**

Ich möchte mich diesem Dank gerne anschließen und an dieser Stelle durchaus auch meinen Respekt vor dem Einwender Herrn Chalupnik hier zum Ausdruck bringen, der es geschafft hat, uns über lange Zeit dieses Erörterungstermins zu beschäftigen, dies aber immer in einer sachlichen Weise. Er war keinen Spitzen zugänglich, ist immer sachlich geblieben, und seine Vorträge hatten durchaus auch Unterhaltungswert. Insofern auch von unserer Seite herzlichen Dank.

**stellv. VL Janning:**

Herr Chalupnik, ich darf Sie nun offiziell fragen: Sind Sie mit Ihrer Einwendung damit am Ende?

**Chalupnik (EW):**

Herr Janning, am 75. Tag mit sieben Blättern, dem Mikrophon Nr. 7 und meiner Hausnummer 7 war das das letzte. Danke.

(Beifall bei den Einwendern)

**stellv. VL Janning:**

Vielen Dank, Herr Chalupnik. - Herr Schröder!

**Schröder (EW-AGSK):**

Herr Chalupnik hat gesagt, daß er seinen Beitrag heute bewußt kurz hält. Es sind heute viele Einwender hier, die die letzten Tage nicht direkt mit verfolgt haben. Die AG Schacht Konrad hat von sich aus gesagt, daß wir heute von uns aus den letzten Tag machen wollen, weil wir aufgrund der Unplanbarkeit des weiteren Termins - gerade auch in den letzten Wochen haben wir das gemerkt - irgendwann einen Schlußpunkt setzen wollen. Wir haben daraufhin eine sehr lange Liste von Wortmeldungen bekommen. Wir haben die Leute, die sich bei uns gemeldet haben, gebeten, sich kurz zu halten, damit auch alle zu Wort kommen.

Aufgrund der unseres Erachtens Unzulänglichkeit des gesamten Termins - das hängt sicherlich nicht nur von den einzelnen Personen ab, sondern insbesondere mit dem komplexen Problem, das wir vor uns haben, das eben sehr weitreichend ist -, werden aber nicht mehr alle ausreichend zu Wort kommen. Ich bitte darum, daß man nicht intern aufeinander sauer ist, sondern daß sich alle möglichst kurz fassen, damit alle, die heute zu Wort kommen wollen, möglichst auch drankommen.

Den nächsten habe ich schon nach vorne gereicht. Das ist Herr Kahle, der rechts von mir sitzt.

**stellv. VL Janning:**

Herr Schröder, es gilt aber gleichwohl festzuhalten, daß dies die Sonderregelung für diesen Tag ist. Ich glaube, daß mit dem Ablauf dieses Erörterungstermins mit 75 Verhandlungstagen das Angebot an alle Einwender hinreichend war, in diesem Termin - vielleicht nicht an dem heutigen Tag - erstens zu Wort zu kommen und zweitens erschöpfend und für den jeweiligen Redner auch hinreichend vertiefend die Einwendungen darzulegen. Insofern ist das, was Sie gesagt haben, nicht die Charakterisierung des gesamten Termins; möglicherweise die für den heutigen Tag. - Herr Kahle, bitte!

**Kahle (EW):**

Ich möchte heute noch einmal das Wort ergreifen für den Verein "Vallstedter gegen Schacht Konrad", ein Verein mit, wie ich sagen darf, sehr langer Halbwertszeit. Ich nehme an, daß wir noch etliche Jahre mit diesem Thema zu tun haben werden.

Ich möchte zu einem Wort sprechen, das die Verhandlungsführung wahrscheinlich zunächst ablehnen wird, weil sie der Meinung ist - sicher zu Recht -, daß

es nicht in ein Verwaltungsverfahren hineingehört. Die Überschrift, die ich wählen möchte, heißt: Verdunkelungsgefahr. Das ist ein Begriff aus dem Strafrecht. Die Initiativen und auch unser Verein sind im Nachgang dieses Verfahrens natürlich sehr daran interessiert, daß alles das, was in den 75 Tagen hier verhandelt worden ist - ich hatte vorher schon einmal gesagt: mehr im Stile einer Anhörung als im Stile einer Erörterung -, nicht untergeht. Es gibt da das Problem mit dem Protokoll, was erst später erscheint, um nachzugucken, ob all das, was man hier eingebracht hat, auch angekommen ist. Und es gibt, wie bei allen Verfahren, wo es um Verdunkelung geht, die Gefahr, daß Dinge später einfach nicht mehr so gesehen werden oder nicht mehr so zu beweisen sind.

Ich möchte das an einem Einzelproblem festmachen, das hier schon länger behandelt worden ist: dem Problem der alten Bohrlöcher. Dort kommt es ja letztlich darauf an, daß man Unterlagen aus den 30er Jahren wiederfindet und auch darüber verfügen kann, um nachzuweisen, ob denn nun die Bohrgestänge gezogen sind oder nicht, ob denn nun die Bohrlöcher ordnungsgemäß verfüllt sind oder nicht. Das sind Dinge, die in einigen Jahren vielleicht bei einem Verfahren eine Rolle spielen können.

Obwohl heute mehr die Praxis ist, Schlußworte zu sprechen, möchte ich ruhig noch ein paar Fragen stellen, wenn Sie erlauben. Es interessiert uns natürlich sehr, wie weit wir sicher sein können, daß bestimmte Dinge, die mit großer Mühe von den Initiativen auf den Tisch des Hauses gelegt worden sind, nicht verlorengehen, daß sie später bei Gerichtsverfahren im Zweifelsfall zur Verfügung stehen. Ich kann für meine Person sagen - nicht für alle, die bei uns im Verein sind, aber für meine Person -, daß ich ein gewisses Vertrauen gegenüber der Genehmigungsbehörde habe - ich habe das hier auch schon mehrfach zum Ausdruck gebracht -, und ich gehe einfach davon aus, daß Sie von sich aus diese Dinge weiter im Auge behalten werden. Aber einen gewissen Rest von Verunsicherung habe ich durchaus in den Knochen.

Ich möchte die Genehmigungsbehörde noch einmal ausdrücklich bitten - im Namen derer, die bei uns im Dorf wohnen; das sind 1 200 Leute, davon haben gut 900 eine Einwendung erhoben -, daß die Einwender sicher sein können - öffentliche Reden kann man im Moment ja dazu hören; das ist kein Problem -, daß tatsächlich alles das, was eingewendet worden ist - auch an sehr konkreten Dingen -, nicht untergeht, sondern daß es berücksichtigt wird und daß man - notfalls auch bei folgenden Gerichtsverfahren; eine Seite wird ja bestimmt klagen, je nachdem, wie die Entscheidung ausfällt -, sicher sein kann, daß das sachgemäß und ordnungsgemäß verhandelt wird. Das wäre meine Sorge, die ich heute morgen noch einmal vortragen möchte.

Ich habe jetzt kein Geschenk mitgebracht; ich wußte nicht, daß sich das heute so entwickelt; das

wird anderen vielleicht auch so gehen. Ich darf aber in Richtung der Antragsteller, also Herrn Dr. Thomauske und seinen Nachbarn, sagen, daß auch wir uns immer große Mühe gegeben haben, nicht unnötige Schärfe hineinzubringen. Aber es geht natürlich nicht ohne Emotionen ab. Hier ist geplant, das größte Atommüllendlager, das man sich vorstellen kann, unter unsere Füße zu packen, und da kann man natürlich schon mal sauer werden. Das nehme ich für mich in Anspruch. Trotzdem weiß ich aus meiner bisherigen politischen Erfahrung, daß es sinnvoll ist, möglichst lange einen kühlen Kopf zu behalten.

Damit möchte ich meinen Beitrag beenden und sagen: Wir werden sehr genau aufpassen, was in den nächsten Jahren hier passiert. Ich darf die Genehmigungsbehörde noch einmal ausdrücklich bitten, sehr genau alle Unterlagen zu prüfen und nichts unter den Tisch fallen zu lassen, was hier in den letzten 75 Tagen vorgebracht worden ist. - Danke schön.

(Beifall bei den Einwendern)

**stellv. VL Janning:**

Vielen Dank, Herr Kahle. Auch wir hier oben sind heute eigentlich nicht hier - und können es auch gar nicht -, um Geschenke zu verteilen, obwohl ich mir, wenn ich auch am letzten Tage noch einmal in die Gesichter der Beteiligten, die mir unmittelbar gegenüber sitzen, gucke, schon vorstellen kann, wie dieses Geschenk aussehen könnte, wenn wir denn eines hätten. Aber es ist nicht die Ebene, Geschenke zu verteilen, und es ist auch nicht das gewesen, was diesen Erörterungstermin - ich hoffe, ich habe Sie da nicht falsch verstanden - charakterisiert und charakterisiert hat, daß er mit dem Titel "Verdunkelung" zu bezeichnen gewesen wäre. Ich bin schon der Meinung, daß diese Tage sehr viel erhellendes an den Tag gebracht haben, die Probleme in den Fokus gebracht haben und auch die Problembestimmung verschärft haben. Dies, könnte ich mir sogar vorstellen, ist nicht einmal ohne Effekt an dem Antragsteller vorbeigegangen. - Möchte der Antragsteller sich zu Wort melden?

**Dr. Thomauske (AS):**

Nein.

(Zuruf von den Einwendern: Ist auch besser!)

**stellv. VL Janning:**

Dann kommen wir zur nächsten Wortmeldung. Herr Professor Bertram, bitte!

**Prof. Dr. Bertram (EW):**

Rolf Bertram, als Einzeleinwender heute. - Ich möchte meine abschließende persönliche Erklärung in Form eines offenen Briefes an Herrn Minister Töpfer hier abgeben. Diesen offenen Brief, den ich heute, am 6.3.,

Herrn Minister Töpfer habe zukommen lassen, möchte ich jetzt kommentarlos verlesen.

"Betr: Atommüllendlager Schacht Konrad.

Sehr geehrter Herr Minister,

trotz schlechter Erfahrungen hänge ich noch immer an der hoffentlich nicht überholten Vorstellung, ein Minister habe den geleisteten Amtseid - "Schaden vom Volke abzuwenden" - zu erfüllen. Der zurückliegende Verlauf des Erörterungstermins zum geplanten Atommüllendlager Schacht Konrad gibt mir Anlaß, Sie daran zu erinnern. Art und Inhalt Ihrer Weisungen bzw. die Äußerungen der Vertreter des von Ihnen beauftragten Bundesamtes für Strahlenschutz lassen in mir erhebliche Zweifel aufkommen, ob und inwieweit Sie, Herr Minister, dieser Verpflichtung gegenüber den Menschen dieser Region und der Umwelt nachkommen.

In einem Wissenschaftler, der sich seit über 20 Jahren mit der Atomenergie- und Endlagerproblematik befaßt, löst die Bedenklosigkeit, mit der Sie, Ihre Auftraggeber und Ihre Beauftragten dieses Projekt vorantreiben, größte Besorgnis aus.

Ihr sonstiger Aufgabenbereich läßt sicherlich keinen Raum zum Erwerb detaillierter Sachkenntnisse. Erwarten sollte man aber, daß die von Ihnen, Herr Minister, herangezogenen Fachberater die erforderliche Qualität und Objektivität besitzen.

Woher nehmen Sie und Ihre Beauftragten die wiederholt geäußerte Gewißheit, daß Schacht Konrad als Endlager für Atommüll geeignet sei? Die Ausführungen in den vorliegenden Planunterlagen lassen eine solche Interpretation nicht zu.

Grobe inhaltliche Mängel, gravierende Fehler sowie unrealistische Datenbasen kennzeichnen die zur Sicherheitsbewertung herangezogenen Stellungnahmen und Gutachten. Als Beispiele erwähne ich das unrealistische Radionuklidinventar zu Beginn der Nachbetriebsphase, die völlige Unterschätzung der strahlen- und kernchemischen Reaktionen sowie die methodisch wie wissenschaftlich nicht haltbaren Modellierungen.

Der Beweis für die Behauptung, das vorgelegte Endlagerkonzept Schacht Konrad gewährleiste Sicherheit, ist bisher von Ihnen

und Ihren Beauftragten nicht erbracht worden. Die an Stelle von Beweisen herangezogenen Plausibilitätsbetrachtungen sind wissenschaftlich ohne Wert.

Mit der Betonung, es handele sich bei den einzulagernden radioaktiven Rückstände um schwach wärmeentwickelnde Abfälle, soll offensichtlich mit Ihrer Billigung ein geringes Gefährdungspotential suggeriert werden. Tatsächlich soll die ganze Palette der bei der Kernspaltung entstehenden hochtoxischen Radionuklide für ewig in Schacht Konrad deponiert werden.

Nach dem international in der Wissenschaft akzeptierten Diskussionsstand

- ist ein sicherer Einschluß dieser Strahlengifte in geologische Formationen prinzipiell nicht zu garantieren,
- sind die Wirkungen geringster Spuren dieser Stoffe in Organismen verheerend,
- sind die schädigenden Mechanismen nur zum geringen Teil aufgeklärt,
- ist es wegen der unübersehbaren Wirkungsvielfalt in Multikomponentensystemen und den daraus resultierenden Synergismen höchst zweifelhaft, ob in überschaubaren Zeiträumen überhaupt wissenschaftlich fundierte Aussagen zur Sicherheit gemacht werden können.

Die in Ihrem Auftrag erstellten sogenannten Sicherheitsanalysen beruhen im wesentlichen nicht auf experimentell gesicherten Untersuchungen, sondern auf höchst fragwürdigen Annahmen. Was in einem verschlossenen Endlager in der Nachbetriebsphase unter dem Einfluß von Wärme, Radioaktivität und Gebirgsbewegung abläuft, läßt sich weder im Labor simulieren noch durch Modellrechnungen erfassen.

Die Verweigerung Ihrer Beauftragten, über strittige Punkte in einen offenen Diskurs einzutreten, hat das Vertrauen in die Seriosität der Planunterlagen nicht erhöht. Hier liegen entweder mangelnder Sachverstand oder der Auftrag vor, keinesfalls Wissenslücken zuzugeben.

Haben die aus unseren Steuermitteln finanzierten Mitarbeiter des Bundesamtes für Strahlenschutz, die sich den besorgten Bürgern gegenüber so abweisend und zynisch verhalten, Rückendeckung von höchster Stelle? Sind der genannte Personenkreis und

Sie, Herr Minister, in Sicherheitsfragen nicht in erster Linie dem Bürger und der Umwelt verpflichtet und erst in zweiter Linie der Atomwirtschaft?

Ich fordere Sie, Herr Minister, mit dem gebotenen Ernst auf, die weiteren Erkundungs- und Planungsarbeiten zu Schacht Konrad im Interesse der Sicherheit von Bürgerinnen und Bürgern unter diesen Voraussetzungen unverzüglich einzustellen."

(Beifall bei den Einwendern)

"Hier handelt es sich nicht um ein sorgfältig durchprüftes und geplantes Projekt. Die optisch eindrucksvollen und breit dargelegten Projektskizzen dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, daß schließlich in der Nachbetriebsphase ein brisantes Stoffgemenge unter Tage entsteht, das den Charakter einer unkontrollierten wilden Müllkippe besitzt.

Woher also nehmen Sie, Herr Minister, Ihre Gewißheit? Die von Ihnen und Ihren Beauftragten wissenschaftlich nicht belastbaren Beteuerungen zur Sicherheit von Schacht Konrad werden durch ständige Wiederholung nicht wahrer.

Die unverantwortliche Atomenergiepolitik der Bundesregierung, zu der auch Sie, Herr Minister, erkennbar beitragen, beschert uns massenhaft Atommüll. Die Menge der zu entsorgenden radioaktiven Rückstände wächst von Jahr zu Jahr. Da nach dem heutigen Stand von Wissenschaft und Technik eine schadlose Entsorgung nicht möglich ist, Schaden also nicht abgewendet, sondern ständig vermehrt wird, verstoßen Sie, Herr Minister, permanent und wissentlich gegen den geleisteten Amtseid und gegen das im Atomgesetz verankerte Minimierungsgebot."

(Beifall bei den Einwendern)

"Wie im Erörterungstermin von vielen Wissenschaftlern und sachkundigen Bürgern gezeigt, sind die Probleme der Endlagerung auf dem eingeschlagenen Weg in akzeptabler Weise nicht zu lösen. Da auch die denkbar sicherste Deponie den Schaden nur begrenzen kann und daher die Menschen mit der Schadwirkung durch Radioaktivität leben müssen, sollte es Ihre vordringlichste Aufgabe sein, den Schaden so weit als möglich zu begrenzen. Das bedeutet die Stilllegung aller atommüllproduzierenden Anlagen und

die Entwicklung von Schadensbegrenzungsstrategien zur Minimierung der vom vorhandenen Atommüll ausgehenden Gefahren."

(Beifall bei den Einwendern)

"Dazu wäre eine Bündelung des gesamten wissenschaftlichen und technischen Sachverständs, also der Einsatz enormer Sach- und Personalmittel zur Erforschung der vielen offenen Fragen erforderlich.

Die Suche nach akzeptablen Endlagern hätte sich nicht wie bisher an kostengünstigen und schnell erreichbaren sogenannten Lösungen zu orientieren, sondern an die Sicherheit für lebende und künftige Generationen."

(Beifall bei den Einwendern)

"Bis zur Erarbeitung einer auf breitem Konsens beruhenden Lösung sollte der bereits vorhandene Atommüll in den gut abzuschernden stillgelegten Atomkraftwerken zwischengelagert werden."

(Beifall bei den Einwendern)

"Mit der Abkehr vom bisherigen Weg, der zur Zeit lediglich beschritten wird, um den Weiterbetrieb von Atomkraftwerken zu sichern, würden Sie, Herr Minister, den Menschen dieser Region wieder ein Leben ohne Furcht um die Zukunft ihrer Kinder und Kindeskinde ermöglichen. Darüber hinaus würden Sie dazu beitragen, der Glaubwürdigkeit Ihrer Sicherheits- und Umweltpolitik neuen Glanz zu verleihen und das verlorengegangene Vertrauen in demokratische Entscheidungsprozesse zurückzugewinnen.

Rolf Bertram"

(Beifall bei den Einwendern)

**stellv. VL Janning:**

Vielen Dank, Herr Bertram. Sie haben mit Ihrem Beitrag einen Adressaten gewählt, der indirekt für, denke ich, alle Beteiligten in diesem Verfahren auch beteiligt gewesen ist. Sie werden diesen Brief, wenn ich das richtig verstanden habe, Herrn Töpfer zukommen lassen.

Möchte der Antragsteller eine Wortmeldung abgeben? - Nicht. - Dann fahren wir in der Liste fort. Herr Strahlmann, bitte!

**Strahlmann (EW):**

Damit habe ich gar nicht gerechnet. Aber ich bin da, das ist das Wichtigste.

Meine Damen und Herren, wir nähern uns dem Ende. Links neben mir stehen die drei Affen, und ich möchte doch darum bitten, daß dieses Bild von den drei Affen erhöht und da oben hingestellt wird, nicht da unten in die Ecke. Das sollten sich Beamte, Antragsteller vor allen Dingen und auch die Gutachter ein bißchen zu Herzen nehmen. Es gibt soundsoviel Menschen: Es gibt gefährliche Menschen, es gibt ungefährliche Menschen. Und vor allen Dingen: Wir alle sollten von den drei Affen lernen. Sie sind nämlich sehr wichtig für unser gemeinsames Leben auf dieser Erde; d. h., solange wir noch auf dieser Erde leben können und solange es die Umstände noch ermöglichen. Wer weiß, wie lange das für unsere Kinder und nachfolgenden Kinder noch geht; wer weiß, was die in diesem Lande noch erleben.

Ich habe eine Frage vorweg, und zwar an den Vorsitzenden: Wann ist etwa das Protokoll fertig? Der Bürger muß nämlich damit rechnen, daß - auch wenn das Land Nein sagt und wenn die Monika und der Gerd sagen, das machen wir nicht mit - es zu einem Prozeß kommt. Liebe Freunde, ich möchte euch alle bitten, heute schon damit zu rechnen. Die Herren Antragsteller werden, da sie ja genug Geld haben und von Herrn Töpfer und Konsorten, der Großindustrie und was da alles zusammenhängt und den Großbankern in jeder Weise unterstützt werden.

Hängt es da oben hin, da oben auf den Tisch. Da gehört das hin. Damit das jeder begreift, auch der blödeste und der dümmste. Es ist nämlich nötig, daß dieses Schild denen unter die Nase gehalten wird.

(Beifall bei den Einwendern)

Ich brauche meine Worte von gestern, Herr Christoph Schmidt-Eriksen, Herr Dr. - den Titel habe ich vergessen - Schmidt-Eriksen - - - Ich möchte Sie bitten, wenn Sie wieder nach Hannover kommen und zum Rapport geladen werden vor einer gewissen Gruppe, die da zusammensitzt: Sagen Sie klar und deutlich die Wahrheit! Sagen Sie, was ich gesagt habe, ruhig wortwörtlich - meinetwegen Beleidigungsklage hinterher, das macht gar nichts; die Monika fühlt sich sowieso nicht beleidigt; die ist von mir einiges gewohnt. Grundsätzlich - das wiederhole ich heute zum Abschluß -: Entweder Kinder und Kindeskindern werden erkranken. Hier wurde mir gerade von einem Kinderarzt folgendes vorgelegt: "Studie zeigt Verbindung zwischen Atomkraft und Krebs bei Kindern".

Herrschaften und vor allen Dingen Beantrager, diese Antragsteller da hinten: Nehmt euren Grips zusammen und sagt: Schluß mit dieser Scheiße.

(Beifall bei den Einwendern)

Ich sehe, der Jurist sitzt daneben. Also, ich muß ganz vorsichtig sein, sonst kriege ich gleich noch eine Beleidigungsklage. Das ist gefährlich.

Also, diese Studie zeigt - - - Ich habe die Bitte: Macht von diesem Ding mal eine Kopie, und überreicht das den Antragstellern. Könnt ihr das hinkriegen? Das ist prima. Damit die wissen, was Sache ist, nämlich: So geht es nicht weiter.

Wir haben schon in den 70er Jahren ein Plakat gefertigt, das hieß "Esenshamm - Tod auf Raten". Das gilt auch für Schacht Konrad. Auch Schacht Konrad ist Tod auf Raten. Darüber müssen die Herrschaften sich mal im klaren sein.

(Beifall bei den Einwendern)

Das Umweltministerium - MU, wie es so schön heißt - in Hannover ist ja ganz gutwillig, gegebenenfalls, eventuell, vielleicht. Ich weiß ja nicht, unter was für einen Druck die Herrschaften gesetzt werden, wenn der Töpfer sagt: Ihr habt so zu parieren. Dann werdet ihr auch schön parieren, und dann werdet ihr auch schön sagen: Jetzt gehen wir zum Gericht, denn wir müssen ja. Und ihr seid aus dem Schneider raus.

Nein, Janning, hier ist eine andere Möglichkeit da. Ganz konsequent haben wir aufgezeigt, wie es anders möglich ist, über Bundesrat und, und, und, politisch möglich ist. Auf der politischen Schiene ist viel möglich. Aber da muß man Rückgrat zeigen und sich nicht von Rappe und Konsorten in die Enge treiben lassen. Ich brauche nicht weiter auszuführen, was an Kanalarbeitern da sonst noch so rumschwirrt, die uns das Leben schwermachen. Das weiß ich, ich kenne die politische Szene. Da braucht man mir nichts vorzumachen. Dafür bin ich lange genug rot.

Und ich möchte auch, daß es rot-grün bleibt. Das möchte ich ganz knallhart hinzufügen. Ohne die, wenn wir wieder die andere Chose am Wirtschaften haben mit Albrecht und Konsorten usw.: Das haben wir lange genug mitgemacht, das haben wir lange genug erlebt, wie wir mit den Polizeistiefeln in den Rücken getreten worden sind, von wegen: Liegenbleiben, liegenbleiben, sonst kriegst du noch mehr in die Fresse! Ich habe am Boden gelegen, ich will nicht noch mal am Boden liegen. Und unserer Jugend wünsche ich das auch nicht, daß sie am Boden liegen muß für diesen scheiß verlogenen Staat,

(Beifall bei den Einwendern)

der sich Rechtsstaat nennt. Ich habe erlebt, was hier Rechtsstaat ist und wie da mit dem Bürger umgegangen wird.

Material ist genug da, ihr könnt ruhig kommen und das ruhig nachgucken. Hunderte von Akten sind da über die Scheiße, die hier im Umweltgebiet gemacht worden ist. Aber wenn der kleine Mann mal sagt, jetzt will ich gegen den Stachel löcken, jetzt will ich mal zeigen, was los ist auf einem Gebiet, wo Bauverbot herrscht, und einem Gebiet, das eine Sondermülldeponie ist, dann hat der kleine Mann kein Recht, dann geht es nur nach dem Abfallgesetz usw.



Aber nun meine Bitte weiter: Erstens bitten wir um Nachricht, sobald das Protokoll gedruckt fertig vorliegt. Nehmt meinewegen Geld dafür, sonst sagt die Monika, das kostet wieder soundsoviel, und dann fangt ihr an zu Sparen und hin und her. Herrschaften, die letzten zehn Mark wollen wir dann auch nicht mehr rechnen. Dann bezahlen wir die zehn Mark auch dazu. Hauptsache, wir haben das Protokoll bald in der Hand. Und dann bitte ich alle, die hinter mir sitzen, also die Einwender: Laßt uns heute schon vorbereiten; denn bei diesem christlich-schwarzen Haufen, der momentan noch das Sagen hat - das ist der andere, der Töpfer, der die Weisung gibt -, habe ich nur die eine Erwartung: Wir werden einen Prozeß erleben, und es müßte ein Wunder geschehen, d. h., Töpfer und Konsorten werden abgewählt. Das wäre ein großes Wunder. Dann wäre der schöne Mann mit seinem Juristen hoffentlich auch verschwunden. Wenn die Wahl so ausgeht, das hoffe ich nur. Dann können sie sich einen anderen Beruf suchen, aber nicht mehr uns in Salzgitter ärgern. Das wäre meine Bitte.

(Beifall bei den Einwendern)

Wir haben jetzt zu handeln, ganz konsequent, und ich habe die eine Bitte: Wenn MU meint, wir haben da schwache Füße oder eine schwache Stelle da und brauchen noch irgendwie Material oder was: Wir haben Material genug, wenn es sein muß, wir haben Beweismaterial genug.

Also, für die Zukunft, was soll werden: Tod oder Leben? Das steht hier heute zur Debatte. Werden wir und unser Nachwuchs weiterhin gesund bleiben? Ich stelle fest: Es ist so schön genehmigt worden, daß in nächster Nähe soviel Krebs schon herrscht, die Krankenhäuser überfüllt werden usw. Ich bitte euch: Schaltet euren Verstand ein!

Was ich bemängeln möchte: daß überhaupt keine Frau daneben sitzt. Ich sehe lauter Mannsbilder. Und Mannsbilder denken ja meist kalt, berechnend und Mammon. Von wegen der Familie, da brauche ich ja Geld, die Frauen wollen ja auch Geld sehen. Aber die Frauen haben mehr Gefühl und bald mehr Verstand als manche Mannsbilder, die da der Reihe nach sitzen.

(Beifall bei den Einwendern)

Bestellt der Monika mal einen schönen Gruß. Beim nächsten Erörterungstermin, also bei der nächsten Gerichtsverhandlung, wünsche ich mir, daß auch ein paar Frauen dazwischensitzen. Die haben nämlich mehr Gefühl und mehr Verantwortungsgefühl, vor allen Dingen ihren Kindern und Kindeskindern gegenüber,

(Beifall bei den Einwendern)

als bloß rechnende und - na ja - Mannsbilder.

Ich habe also die Bitte: "Studie zeigt Verbindung zwischen Atomkraft und Krebs bei Kindern". Gebt dieses Ding auch weiter zu den Behörden, zu den Genehmigungsbehörden. Die sollen nämlich auch noch

viel dazulernen. Ich stelle fest, es ist nötig, daß sie viel dazu lernen.

Ich habe ein anderes Ding hier liegen: "Unfruchtbar durch Schwermetalle". Das gilt auch für uns. Da hat sich bis heute noch kein Wissenschaftler mit beschäftigt. Um Gottes willen, die unangenehmen Dinge müssen unter den Tisch fallen. Bloß nicht die Wahrheit! Wer sagt die Wahrheit? Kinder und Narren sagen die Wahrheit. Meinewegen mögen wir, die wir als Einwender hier sitzen, Narren sein. Aber das macht nichts. Besser ein Narr zu sein, als ein höriges verkommenes Subjekt zu sein, die nur dem einen dienen: dem Mammon dienen und die Gesundheit gefährden. - So, das war mein letztes Wort für heute.

(Beifall bei den Einwendern)

**stellv. VL Janning:**

Herr Strahlmann, was Sie zum Schluß über sich selbst und auch über mich und über uns hier oben, also über uns Männer, gesagt haben, hören wir nicht das erste mal auf diesem Termin. Wir werden im Protokoll nachlesen und nacherleben können, daß Sie mit Ihrem gestrigen und heutigen Beitrag sowohl was Sprache als auch was einzelne Wortwahl betrifft, einen eigenen Charakter in diesem Erörterungstermin dargestellt haben. Wir werden möglicherweise etwas früher in den Genuß kommen, dieses noch einmal nacherleben zu können, denn wir werden das Protokoll in den nächsten Wochen und Monaten durchzuarbeiten haben. Sie - und damit auch alle anderen -, bei denen wird es wohl nach dem Herbstanfang sein, da wir den Frühlingsanfang auch noch vor uns haben. So lange wird es wohl dauern, bis die Öffentlichkeit - und mit Sicherheit auch gegen Entgelt, das haben Sie schon richtig gesehen - mit dem Protokoll in dieser Angelegenheit weiterarbeiten kann.

(Strahlmann (EW): Eine Zusatzfrage!)

- Ja, Herr Strahlmann!

**Strahlmann (EW):**

Es wäre ja fürchterlich, wenn dieses Protokoll nicht vorliegt und die Herren Richter schon im Gange sind. Das wäre ja für uns ein Handicap.

**stellv. VL Janning:**

Das kann ich bestätigen. Das wäre fürchterlich, und deswegen wird es auch nicht so kommen. Da haben Sie recht.

**Strahlmann (EW):**

Ihr Wort in Gottes Ohr!

**stellv. VL Janning:**

Ganz so hoch nicht, aber es wird so sein. - Die nächste Wortmeldung kommt von Herrn Trustorff.

(Beifall bei den Einwendern)

**Trustorff (EW):**

Die Erörterung, wie sie bisher hier abgelaufen ist, ist für uns Bürger, die wir hier in der Gegend wohnen, völlig unbefriedigend. Hier wurden von Wissenschaftlern der einen Richtung Thesen, also Behauptungen, aufgestellt. Dann gab es von Wissenschaftlern, die eher die Ängste der Bevölkerung berücksichtigen, Gegenbehauptungen. So makaber es ist: Ich habe aus den Äußerungen des Antragstellers und einiger Gutachter bisher verstanden, daß letztendlich die Wirklichkeit entscheiden wird, wer recht gehabt hat. Damit es dazu nicht kommt, daß die Wirklichkeit entscheidet, wer recht gehabt hat, deswegen sind wir hier, und deswegen werden wir auch unsere Sorge, unsere Ängste und unseren Widerstand hier kundtun. Nicht nur in dieser Halle, aber ich möchte das von diesem Ort auch noch mal sagen.

(Beifall bei den Einwendern)

Ich möchte in meinem Beitrag nicht mehr auf die Probleme der Lagerung eingehen. Ich möchte nur auf etwas eingehen, was uns, den Bürgern aus dieser Gegend, neben der Einlagerung besonders auf den Nägeln brennt, nämlich auf die Frage der Transporte.

Ich komme aus Timmerlah. Timmerlah liegt 200, 100 Meter von der Bahnlinie entfernt, auf der demnächst, wenn sich der Antragsteller durchsetzen sollte, diese Transporte rollen sollen. Sie wissen alle: Braunschweig wird die Drehscheibe für den Transport des Atommülls sein. Ein weiterer Punkt wird der Übergabebahnhof Beddingen sein.

Wir werden zu diesen Problemen in der nächsten Zeit - für uns ist die Aktion mit der Erörterung nicht vorbei - in der Öffentlichkeit weiterhin tätig sein. Für uns ist es ganz entscheidend, der Forderung Nachdruck zu verleihen: Ausstieg aus der Atomenergie, dann keine Genehmigung des Atommüllendlagers Schacht Konrad. Wir wissen aber, daß diese Entscheidungen nicht von Wissenschaftlern, sondern von anderer Stelle getroffen werden. Wir werden alles tun, daß Schacht Konrad politisch nicht durchsetzbar ist.

(Beifall bei den Einwendern)

Als aufmerksame Bürger dieses Landes wissen wir: Im Jahre 1994 wird es Wahlen geben, unter anderem zum Niedersächsischen Landtag und zum Bundestag. Wir wissen um die Arroganz und Kaltschnäuzigkeit, mit der sich die Antragsteller auf die entsprechenden Gesetze und Verordnungen bezogen haben, z. B., was die Transportproblematik angeht. Weil es als Problem nicht vorgesehen ist, geben sie auch keine Antwort bzw. verweisen darauf: Laut Gesetz so und so, Atomgesetz, Ausführungsbestimmungen so und so, ist das als Gefahrenpotential nicht vorgesehen.

Wir werden dafür sorgen - nein, ich weiß nicht genau, ob wir es schaffen, aber wir werden alles dafür

tun -, daß sich diese Grundlagen, auf die sich die Antragsteller immer berufen, in der nächsten Zeit geändert werden, damit sie sich darauf nicht mehr berufen können.

(Beifall bei den Einwendern)

Auch wenn für die Einwander diese ganze Erörterung im wesentlichen anstrengend, unverständlich, langweilig und empörend gewesen ist, hat sie in der Öffentlichkeit, denke ich, doch eine positive Wirkung gehabt. Allein, daß Frau Griefahn in der Presse mitteilt - jetzt, gegen Ende des Erörterungsverfahrens -, daß, wenn sie heute entscheiden müßte, für Schacht Konrad kein positiver Bescheid von ihrer Behörde erteilt würde, sehen wir als den ersten Schritt an, daß es sich gelohnt hat, daß wir in die Öffentlichkeit gegangen sind.

(Beifall bei den Einwendern)

Aber wir wissen auch: Frau Griefahn hat natürlich eine bestimmte Position in der Landesregierung, und sie hat natürlich auch eine bestimmte Klientel zu bedienen oder zu vertreten. Deswegen werden wir allein auf so eine Presseäußerung nicht viel geben, sondern worauf wir etwas geben, ist, daß wir versuchen werden, die Menschen hier in der Region noch mehr zusammenzuschließen, daß es wirklich, so wie ich es eingangs gesagt habe, bis zum Jahre 1994 und darüber hinaus deutlich wird: Schacht Konrad ist politisch nicht durchsetzbar.

(Beifall bei den Einwendern)

Aus diesem Grunde hat sich in den vergangenen Wochen in Timmerlah die "ICE 5 vor 12" gegründet.

(Beifall bei den Einwendern)

Sie werden sich sicherlich fragen: Was heißt "ICE 5 vor 12"? "5 vor 12" ist klar: Es gibt noch 5 Minuten, um den Karren herumzureißen. "ICE" heißt: "Interessengemeinschaft caesiumfreier Eisenbahntransporte".

(Beifall bei den Einwendern)

Hinter mir sehen Sie das erste Produkt, das wir in Gemeinschaftsarbeit erstellt haben, um in der Öffentlichkeit zu wirken. Ein weiteres Produkt, an dem wir arbeiten, wird ein Infomobil sein. Dieses Infomobil in Form eines Pkw-Anhängers wird einen Aufbau bekommen, auf dem ähnlich schöne Plakate gestaltet werden, wie Sie sie heute hier sehen können. Mit diesem Infomobil werden wir an allen Brennpunkte der zukünftig geplanten Atommülltransporte erscheinen, dort die Bürger darüber informieren und versuchen, sie zu organisieren, daß sie nicht nur als Individuum tätig werden.

(Beifall bei den Einwendern)

Zum Schluß möchte ich noch eines sagen: Ich habe heute kein Geschenk mitgebracht, weder für die Verhandlungsleitung noch für Herrn Dr. Thomauske für den

Antragsteller. Aber ich habe eine Mahnung mitgebracht, die ich Herrn Dr. Thomauske für den Antragsteller heute übergeben möchte. Außerdem werden wir an dem Tisch der Antragsteller gleich doch eine kleine Gabe verteilen: Wir werden aus einer kleinen durchsichtigen Tüte jedem dort Sitzenden ein Schweineöhrchen überreichen.

(Beifall bei den Einwendern)

**stellv. VL Janning:**

Vielen Dank, Herr Trustorff. Sie haben eine ganze Reihe von Dingen angesprochen, die außerhalb dieses Verfahrens angesiedelt sind, die nicht unmittelbar ihren Auftrag hier berühren, von denen wir aber wissen, daß, wenn sie in der Weise, wie Sie es angekündigt haben gestaltet werden, in der Zukunft sicherlich nicht ohne Effekt auf das sein werden, was wir als Genehmigungsbehörde zu tun haben.

Wir gehen in der Liste der Wortmeldungen weiter, wenn sich der Antragsteller nicht zu Wort melden möchte. Das ist nicht der Fall. Als nächstes Herr Schmeling. Bitte!

**Schmeling (EW-LBU):**

Sehr geehrte Damen und Herren! Ich möchte zunächst sagen: Mein Fehlen in der letzten Zeit hatte konkrete Hintergründe. Sie wissen alle, daß die Situation um Krümmel nach wie vor in einem Patt besteht. Gestrigen abends haben wir über eine Familie gehört, daß unsere Vermutung, um Stade herum auch Leukämiefälle entdecken zu können, vermutlich zutrifft. Insbesondere der Energiekonsens, die Gespräche, die mit Herrn Gerhard Schröder zu führen sind, und schlußendlich die Tatsache, daß die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen für junge Juristen, junge Wissenschaftler, die auf unserer Seite kämpfen, gekürzt wurden, haben es in meiner Person zeitlich nicht mehr möglich gemacht, hier zu erscheinen.

So möchte ich an dieser Stelle sagen, daß trotz allem der LBU würdig vertreten wurde durch seine Sachbeistände. Ich möchte sie nur noch einmal nennen dürfen: Frau Claudia Fittkow, Herr Professor Rolf Bertram, Herr Frank Musiol, Herr Helmut Orth-Diestelhorst und Herr Michael Postler.

(Beifall bei den Einwendern)

Darüber hinaus möchte ich der BUND-Arbeitsgruppe Anti-Atom, der ich auch angehöre, danken, insbesondere Frau Ute Schmeling, Frau Traute Kirsch und Herrn Dr. Gerd Kersten.

(Beifall bei den Einwendern)

Dank an die vielen Mitmenschen, die sich gegen die schleichende radioaktive Verseuchung durch Nuklearanlagen hier und weltweit zur Wehr setzen.

(Beifall bei den Einwendern)

Der Appell des LBU und seiner Bürgerinitiativen kann knapp zusammengefaßt werden: Wir haben Widerstand geleistet, wir werden weiterhin Widerstand leisten, wir werden noch mehr Widerstand leisten müssen. Unsere Botschaft an Herrn Thomauske und seine Klientel ist: Sie können uns nicht beugen, Sie müssen uns notfalls brechen; denn Ihre Argumente sind falsch.

(Beifall bei den Einwendern)

Sie sind menschenverachtend, und sie zerstören jegliches Leben auf diesem Planeten. - Danke schön.

(Beifall bei den Einwendern)

**stellv. VL Janning:**

Vielen Dank, Herr Schmeling für den Landesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz. - Frau Free von der Elterninitiative Salder, bitte!

**Frau Free (EW):**

Mein Name ist Elfi Free. Ich spreche für mich, meine Familie und für die Elterninitiative Salder. Ich habe zuerst eine Anmerkung zu machen. Auch nach langem Suchen wurde die Elterninitiative nicht in der Einwenderliste gefunden. Ich bitte das ins Protokoll zu nehmen. Unsere Einwendung ist vom 12.7.1991.

Was kann uns denn noch erschüttern - "uns", das heißt: einfache Bürger, Wissenschaftler, Beamte usw. -, angesichts unseres Zeitgeistes: immer größer, besser, sicherer, geschädigter, toter? Wir hören von Zwischenfällen, Störfällen, Katastrophen, Unfällen, Kriegen. Wir sehen Bilder von bedrohten Menschen, Sterbenden, Hungernden, Kranken. Wir wissen um Risiken, Schadstoffgehalt, Strahlung und und und. Wir lernen, es gibt das zwar alles, aber es ist nicht gefährlich, es ist nicht schädigend, es ereignet sich immer an anderen Orten. Wir sind also sicher.

Wir sind sicher? Wir leiden an einer Art kultureller Erblindung - übrigens sehenden Auges, hörenden Ohres -, weil unsere Sinne ja nur in bezug auf chemische und atomare Verseuchungen versagen. Diese Enteignung der Sinne gilt in der wissenschaftlichen Gefahrenzivilisation immer, wird aber erst im Moment der offenen Gefahr bewußt. Ihr entspricht eine autoritäre Technokratie, die bestenfalls durch Gegenstimmen im Expertenlager, Instanzenwirrwarr, durchsichtige Verschleierungsaktivitäten usw. aufgelockert wird, aber nur mit dem Effekt, daß nun alles möglich ist und der kulturell erblindete Alltag auch nicht mehr weiß, welchem der informierenden Marionettenfäden, an denen sein Leben hängt, er Glauben schenken soll.

Gute Bürger haben in diesem Anhörungsverfahren viel gelernt. Es gibt zum Beispiel gute und schlechte Wissenschaftler, gute, die uns Gutes wollen, gute, die uns durch ihre ernsthaften Studien die Angst nehmen, gute, die unabhängig ihre Ergebnisse nennen, gute, die kein Risiko gelten lassen, weil es keines gibt. Und falls

es ein kleines bißchen Risiko gibt, ist es gering und unerheblich.

Es gibt auch schlechte Wissenschaftler, schlechte, die kritisieren, schlechte, die Bürger verunsichern durch nach Ansicht der guten Wissenschaftler unbegründet geschürte Ängste, schlechte, die ungenügend qualifizierte Aussagen treffen, schlechte, die Technikfeinde und Apostel der Neusteinzeitkultur sind.

Die Verwirrung ist groß. Was haben wir eigentlich gelernt? Ich bin keine Wissenschaftlerin, mir hat das laufende Verfahren bewiesen, daß es keine wissenschaftliche Wahrheit gibt. Menschen mühen sich ab, sitzen hier in dieser Halle, um sich gegenseitig ihre persönliche oder die angeordnete Wahrheit zu sagen. Hoffentlich findet sich die Antwort nicht in der Formel wieder: Es wird entschieden nach dem Stand von Wissenschaft und Technik.

(Beifall bei den Einwendern)

Die Ermächtigungsformel vom Stand von Wissenschaft und Technik, auf die als Entscheidungsgrundlage alle eingeschworen sind, erhebt Sie auf den Thron technischer Sicherheit, und technische Sicherheit muß ausschließen, was technisch nie ausgeschlossen werden kann: das Eintreten des schlimmst denkbaren Falles, nämlich aller Wahrscheinlichkeit zum Trotz kann ein Gau in über einer Million von Jahren eintreten oder morgen. Techniker sind unter dem Fallbeil der Widerlegung gezwungen, die Unsicherheit ihrer Kalküle zu verbergen und die Sicherheit ihrer technischen Systeme auf Biegen und Brechen zu behaupten. Regierung, Parlament und Gericht entmachten sich selbst und werden in dem Maße, in dem Technikfolgen mehr als alle Gesetzesvorlagen die Gesellschaft verändern und die Tagesordnung der Politik bestimmen, zu Ausführungsorganen des nach Sachverstand und technischer Notwendigkeit eigentlich regierenden Gutachters und der Ingenieursverbände. Selbst ein nicht studierter unwissenschaftlicher Mensch kann sich ein Bild machen von der alles zerstörenden Macht der Großgefahr Atom und seinen Folgen. Kein Wissenschaftler kann das leugnen.

In alten, guten Zeiten erreichte die industrielle Gefahr den Arbeitsplatz, den einzelnen, und er konnte sich überlegen, ob er dort leben und arbeiten wollte. Ich erinnere an das schlechte Image, das die Industrie-Regionen, z. B. das Ruhrgebiet, hatten oder haben. Heute leben wir in einer Zeit mit kleinstmöglichen Ursachen und der größtmöglichen Zerstörung. Prima Aussichten. Wir haben es geschafft, wir haben es erreicht, wir befinden uns über das Leben aller unbeteiligter Dritter einschließlich noch nicht geborener Generationen.

Aber es ist ja noch nicht entschieden, hören wir. Wir können immer noch aussteigen aus dem sich verselbständigenden Atomkarussell. Dieses wäre ein erster Schritt in die richtige Richtung.

(Beifall bei den Einwendern)

Zweiter Schritt. Wir überlegen dann auf breitester Basis, wohin mit dem bis dahin angefallenen Atommüll. Zweiter Schritt! Das bedeutet, daß wir alle hier - und ich sagte: alle hier - um jeden Preis eine Einlagerung in Schacht Konrad verhindern müssen; denn jede Zwischenlagerung, jede Endlagerung zum jetzigen Zeitpunkt verhindert die Auseinandersetzung mit dem komplexen Thema.

(Beifall bei den Einwendern)

Wir müssen den Jahrhundertfehler erkennen und danach handeln. Diese Einsicht gebietet noch weitere grundlegende Schritte. Als Beispiel: Wer ist verantwortlich bei Zwischenfällen, bei Umweltverschmutzung, bei Menschenverschmutzung? Je mehr vergiftet wird das heißt, je größer die Anzahl der Schornsteine, Abflußrohre, durch die Schadstoffe und Gifte ausgestoßen werden, desto geringer die Wahrscheinlichkeit, einen Täter zu finden. Beispiele gibt es zuhauf. Die Geschädigten, z. B. Pseudokrapp-Kinder, können den Beweis nicht erbringen, welcher Schornstein es war oder ob sie gar eine zu schwache Konstitution haben. Wie erst kann man eine permanente Niedrigstrahlung nachweisen?

Dieses alles bedeutet für mich Veränderung, Umdenken in vielen Bereichen. Das bedeutet, der Kreislauf der Unverantwortlichkeit muß durchbrochen werden. Es gibt Beispiele.

(Beifall bei den Einwendern)

Wie kommt ein Naturwissenschaftler, Delegationsleiter des Bundesamtes für Strahlenschutz, Herr Dr. Bruno Thomauske, zu der Aussage - ich zitiere aus der Zeitung von Freitag, dem 5. März, auf der Niedersachsenseite -: "Die Erörterung hat keine Ergebnisse gebracht."?

(Zurufe von den Einwendern: Für ihn auch nicht! - Pfiffe und Buhrufe)

Herr Thomauske, ich weiß, daß Sie auf Zeitungen und dort ausgesagte Dinge nicht reagieren, aber diese Dinge sind von Ihnen, und aus diesem Grunde können wir jetzt nachvollziehen, warum Sie darauf nicht reagieren wollen.

Ich fahre fort. Ich als Laie hörte in diesem Verfahren einige Neuigkeiten, einige Fehler und Versäumnisse ganz klar und deutlich. Wir wissen alle hier, hoffe ich, was dahintersteht. Warum müssen wir Laien und Nichtwissenschaftler eigentlich dem BfS beweisen, wo noch Lücken in der Planfeststellung liegen?

(Beifall bei den Einwendern)

Warum sind die Gegenwissenschaftler - ich will sie so nennen; andere nennen sie schlechte Wissenschaftler, weil sie das Verfahren behindern - ganz anderer Ansicht, wenn es um Strahlung, Transport usw. geht? Mit welchem Recht erheben wir armseligen Erdenbürger uns angesichts solcher Großgefahren zu Göttern?

Ich pfeife auf Atomstrom. Er zerstört die Umwelt, die Lebensqualität, die Grundrechte und noch mehr. Ich liebe Menschen. Die Elterninitiative ist eine Elternorganisation, wie schon der Name sagt. Wir setzen uns für den Schutz und die Qualität des Lebens ein und nicht für langsame Zerstörung. Wir wollen nicht, daß auf dem Rücken von Menschen unsere Bequemlichkeit aufgebaut wird. Wir wollen auch nicht nicht gefragt werden. Wir leben in einem demokratischen Staat, d. h., jeder sollte gefragt werden, wenn es in diesem unserem Lande um Entscheidungen von solcher Tragweite geht.

(Beifall bei den Einwendern)

Damit nicht genug. Wir erwarten von unseren politischen Vertretern, von bezahlten Wissenschaftlern, daß sie sich auch im Ausland in diversen Gremien zusammen tun und vernünftige, lebenserhaltende Konzepte entwickeln. Ich bin nicht gegen Fortschritt oder weiterentwickelte Technik, aber ich erwarte, daß diese Entwicklung nicht gegen das Leben, nicht gegen den Menschen gerichtet ist. Wissenschaft und Technik entwickeln sich schnell. Wir können heute nicht mehr nach überholten Gesetzen urteilen, die aus der Zeit der industriellen Revolution stammen.

Ich selbst bin ein freundlicher, eigentlich ein menschenfreundlicher Mensch. Ich achte demokratische Grundrechte. Ich achte Gefühle und Gesundheit anderer. Bislang - das mag blauäugig klingen - hörte ich mir Sachargumente im Anhörungsverfahren an und wertete für mich, diskutierte mit anderen. Die Diskussionen fanden nicht in der Anhörungshalle statt. Wenn überhaupt in Wedtlenstedt, dann zwischen Einwendern in den Büros der AG Schacht Konrad.

Vielleicht wollte ich, ein wahres Kind unserer Zeit, ja auch nur von etablierten und dafür auch bezahlten Wissenschaftlern und Gutachtern hören, daß es ja alles schon in Ordnung geht, daß lediglich ein paar verirrte Schäfchen mal wieder etwas zu schwarz sehen, indem sie vor Gefahren warnen, die nicht vorhanden sind.

Es hat nicht geklappt. Ich bin immer noch nicht in die wissenschaftliche Falle getappt. Ich bekräftige hiermit meine Einwendungen, die meiner Familie und der Elterninitiative. Wieder einmal hat sich erwiesen, daß jeder Mensch vor sich allein verantwortlich ist und aufmerksam leben muß. Leider kann ich mich immer noch nicht zurücklehnen.

(Beifall bei den Einwendern)

Irgendwann einmal, es ist schon sehr lange her, habe ich gelernt, meine Freiheit endet dort, wo ich die Freiheit eines anderen verletze. Kann ich das Recht auf unversehrtes Leben auch in meine Freiheit einschließen? Oder gelten plötzlich ganz andere Werte, gelten nur das Recht und der Sachverstand der Bundesämter? Ganz verzweifelt versuchen Eltern heute, ihre wachen Kindern Zukunftsangst zu nehmen. Wir versuchen, Hoffnung zu wecken, leben zu wollen, Perspektiven zu sehen. - Ende, das war's.

Wer beantwortet meine Fragen? Ganz sonor, ganz cool und freundlich kommt die Antwort: Herr Thomauske für den Antragsteller.

Es tut mir leid, so häßlich zu werden, ich beherrsche mich immer wieder. Mir stockt der Atem vor soviel geschäftstüchtigem Einsatz. Wirklich.

(Beifall bei den Einwendern)

Gestatten Sie mir eine wirklich ernstgemeinte Frage; ich hoffe, sie wird auch beantwortet. Ist einer der Herren des BfS angesichts des Erörterungsverfahrens, angesichts der vielen Ängste der Einwender zurückgetreten von seiner Verantwortung, hat seinen Beruf gewechselt oder gebeten, wieder Dienst im Amt tun zu dürfen? Wenn es solch einen Menschen gäbe, ich - und vielleicht noch andere mit mir - würde ihn mit Blumen überhäufen. Ich würde ihn als Umweltminister vorschlagen;

(Beifall bei den Einwendern)

denn er würde mir den Glauben zurückgeben, daß es doch noch möglich ist, daß Menschen bis zu ihrem letzten Atemzug lernfähig sind. Er würde mir Hoffnung geben für eine unverstrahlte Zukunft mit meiner Familie und der Elterninitiative.

Zum Schluß noch einmal ein paar Worte: Noch vor einem Jahrzehnt klopfte das Primanerherz für den unbeugsamen Galilei: Und sie bewegt sich doch! Das war der Traum von der erlösenden Kraft der Wissenschaft. Auch Brechts Galilei - das Stück wurde 1939 im Exil geschrieben - sagt den bitterwahren Satz: Gib acht auf dich, wenn du durch Deutschland kommst, die Wahrheit unter dem Rock. Die Welt ist in Unordnung, aber die Weltsicht stimmt. Wahrheit gleich Wissenschaft, und Wissenschaft die Hoffnung einer durch faschistischen Wahnsinn und Weltkriege zermarterten Welt. - Auch heute müssen so manche Naturwissenschaftler ihre Wahrheit unter dem Rock tragen, allerdings um das Gruseln der Öffentlichkeit in Grenzen zu halten. - Danke schön.

(Beifall bei den Einwendern)

**stellv. VL Janning:**

Vielen Dank, Frau Free. Zu dem, was Sie ganz am Anfang gesagt haben: Ihre Einwendung, also auch die Einwendung der Elterninitiative, ist natürlich nicht verlorengegangen. Sie findet sich nur nicht unter dem Begriff Elterninitiative in unserer Systematik, sondern unter Ihrem persönlichen Namen Frau Free.

**Frau Free (EW):**

Nein, auch nicht, wir haben nachsehen lassen. Es könnte sein, daß sie unter dem Namen dessen steht, der sie unterschrieben hat.

**stellv. VL Janning:**

Sie ist aber definitiv nicht verlorengegangen.

(Frau Free (EW): Gut!)

Der Antragsteller ist mehrfach angesprochen.

**Dr. Thomauske (AS):**

Wir möchten es hier mit der Genauigkeit halten, auch mit der Genauigkeit der Zitierung, unbeschadet der Tatsache, ob ich dieses nun gesagt habe oder nicht gesagt habe. In der Zeitungsmittteilung steht, wenn wir die gleiche zur Verfügung haben, nicht, daß der Erörterungstermin keine Ergebnisse gebracht hat, sondern daß der Erörterungstermin keine neuen Erkenntnisse gebracht hat. Dies ist ein Unterschied. Ein Ergebnis hat er sehr wohl gebracht: Alle Einwendungen sind erörtert worden nach nunmehr 75 Tagen.

Zu Ihrer zweiten Frage, ob jemand aus dem BfS von seiner Verantwortung zurückgetreten ist. Auch hier ist das Gegenteil richtig. Alle Mitglieder unserer Delegation stellen sich ihrer Verantwortung, und die Verantwortung bedeutet, daß wir diese Einwendungen, wie sie hier vorgetragen wurden und im Rahmen dieses Erörterungstermins auch heute noch werden, wissenschaftlich-sachlich entgegnen. Die Bewertung dieses Erörterungstermins haben Sie gleichwohl richtig wiedergegeben. - Danke.

**stellv. VL Janning:**

Vielen Dank, Herr Thomauske. - Frau Free!

**Frau Free (EW):**

Ich glaube, daß es keinen großen Unterschied macht, ob da steht, die Erörterung hat keine neuen Erkenntnisse gebracht oder keine Ergebnisse gebracht. Es liegt nach meiner Ansicht alles fest. Es steht im übrigen noch eine Geschichte darunter, daß z. B. Herr Thomauske kritisiert, daß Monika Griefahn am Anfang der Verhandlung sich in einer Brandrede gegen das geplante Endlager gestellt hat. Wie sollte die Verhandlungsleitung da noch ergebnisoffen erörtern?, fragt Thomauske und warf dem Umweltministerium vor, in dieser Hinsicht den Boden der Rechtsstaatlichkeit verlassen zu haben. - Das ist doch wohl ein Witz, oder? Danke schön, ich brauche keine Antwort mehr.

(Beifall bei den Einwendern)

**stellv. VL Janning:**

Es war und bleibt sicherlich auch Gepflogenheit in diesem Termin, daß wir außerhalb des Termins gemachte Äußerungen, insbesondere vor der Presse, nicht zwingend zum Gegenstand machen wollen. Es ist in der Tat so, daß wir die Erkenntnisse, die sicherlich alle gewonnen haben - und in der Einschätzung des Antragstellers ist Ihnen ja gerade dargestellt worden, welche Qualität diese Erkenntnisse für den Antragsteller haben -, für uns als Genehmigungsbehörde auswerten werden, und sie werden zu einem Ergebnis führen. Das Ergebnis ist noch nicht da. - Meine Damen und Herren, der Kollege

Karl Biedermann wird die Verhandlungsleitung fortsetzen.

**stellv. VL Dr. Biedermann:**

So, als nächstes haben wir die Wortmeldung von Herrn Schröder. Er wird einen Beitrag der Fraktion der Grünen im Europäischen Parlament verlesen. Herr Schröder, Ihnen ist bekannt, daß Herr Dickel gestern schon die Einwendungen von Frau Hiltrud Beyer verlesen hat? Das ist Ihnen bekannt. Das ist unterschiedlich davon? Okay. Bitte, Sie haben das Wort!

**Schröder (EW-AGSK):**

Ich lese es jetzt vor. Es ist ein Schreiben, ein Fax, von gestern:

"Solidaritätsadresse der Fraktion Die Grünen im Europäischen Parlament. Die Grünen im Europäischen Parlament schicken Ihnen von ihrer Konferenz in Berlin für eine nachhaltige gesamteuropäische Energiepolitik ihre solidaristischen Grüße und wünschen viel Erfolg in Ihrem Kampf gegen das geplante atomare Endlager in Schacht Konrad.

Ihre hervorragende Arbeit und die hohe Zahl von Einwendungen gegen Schacht Konrad erfüllen die Grünen mit Respekt und Hoffnung; denn nicht zuletzt könnte die Genehmigung von Schacht Konrad als atomares Endlager seitens der EG auch als Endlösung der Endlagerfrage für die Atomkraftwerke in der Gemeinschaft betrachtet werden. Es besteht die Gefahr, daß nach einer Genehmigung von Schacht Konrad als Endlager seitens der EG mit dem Argument der Nichtdiskriminierung und des Wettbewerbs dafür gesorgt wird, daß auch Atommüll aus den Euratom-Vertragsstaaten dort eingelagert werden muß. Schacht Konrad würde so schnell zum europäischen Atommüllklo.

Deshalb werden die Grünen im Europäischen Parlament alle Bestrebungen unterstützen, das Endlager Schacht Konrad zu verhindern. Die Grünen im Europäischen Parlament werden das Verfahren und das Verhalten von Bundesumweltminister Töpfer und den niedersächsischen Planfeststellungsbehörden aufmerksam verfolgen. Eine gewissenhafte Umweltverträglichkeitsprüfung kann nur zum Ergebnis haben, daß Schacht Konrad als Endlager nicht genehmigungsfähig ist.

Mit freundlichen Grüßen

Hiltrud Beyer, MdEP"

(Beifall bei den Einwendern)

**stellv. VL Dr. Biedermann:**

Herr Schröder, schönen Dank. Das Problem haben wir hier schon mehrfach erörtert; das möchte ich von meiner Seite her so stehenlassen. Ich gebe dem Antragsteller Gelegenheit, dazu Stellung zu nehmen, falls er es wünscht. Herr Thomauske!

**Dr. Thomauske (AS):**

Ich hatte nicht die Intention, zu Grußbotschaften Stellung zu nehmen.

**stellv. VL Dr. Biedermann:**

Schönen Dank. Ein Kopfschütteln hätte uns etwas Zeit gespart. Gut. - Nächste Wortmeldung. Herr Wenzel!

**Wenzel (EW):**

Mein Name ist Stefan Wenzel. Ich bin Mitglied des Kreistages im Landkreis Göttingen und will hier eine Einzeleinwendung vortragen. Zunächst möchte ich gerne die Herren vom BfS bitten, sich vorzustellen, weil ich heute das erstmal hier bin. Ich möchte gern wissen, mit wem ich rede. Es ist unmöglich, ich kann hier nicht mit irgendwelchen anonymen Herren verhandeln.

**stellv. VL Dr. Biedermann:**

Also gut, das Problem hatten wir anfangs schon öfter. Das ist jetzt eine Frage der Zeit. Ich kann Ihnen die Herren kurz vorstellen; das mache ich, aber darauf möchte ich jetzt nicht weiter hinaus. Die Diskussion hatten wir, und den meisten hier sind sie bekannt. Das eine ist Herr Illi, Herr Thomauske, Herr Scheuten und Herr Stork. - Bitte!

**Wenzel (EW):**

Vielen Dank. - Sehr geehrte Herren vom BfS, Sie beantragen hier die Inbetriebnahme einer Anlage einer wahrhaft geschichtlichen Dimension. Die Halbwertszeit der Stoffe, die Sie dort einzulagern gedenken, beträgt einen Zeitraum von mehreren 10 000 Jahren. Nach menschlichem Ermessen ist zu dem Zeitpunkt, zu dem die Halbwertszeit der Stoffe mit der längsten Halbwertszeit abgelaufen ist, die Rechtsordnung, nach der wir heute hier alle sitzen, nach der wir heute hier verhandeln, bedeutungslos. Sie schaffen hier also eine Hinterlassenschaft für Generationen, nicht nur für Generationen, sondern auch für Zivilisationen. Wenn Sie sich einmal geschichtliche Zeiträume angucken, wird es Ihnen schwerfallen, eine Zivilisation zu finden, die einen Zeitraum von mehr als 2 000 Jahren überlebt hat, dann wird es Ihnen schwerfallen, Rechtsordnungen zu finden, die über Tausende von Jahren hinweg Bestand hatten. Wenn Sie ein Vorhaben von einer solchen Dimension beantragen, dann müssen Sie uns auch die Garantie dafür geben, daß das, was Sie hier in Ihren Unterlagen belegen, in ähnlich langen Zeiträumen von Bestand ist.

Wenn man diese Voraussetzung aber akzeptiert - und es wird Ihnen schwerfallen, das zu widerlegen -, dann darf in diesem Erörterungstermin und bei der Entscheidung, die letztendlich in eine Entscheidung positiv oder negativ wird münden müssen, nicht nur nach unserer Rechtsordnung entschieden werden, sondern müssen auch naturrechtliche Rechtsauffassungen herangezogen werden. Das hat es in der Geschichte schon öfter gegeben; beispielsweise wurden in den Nürnberger Prozessen naturrechtliche Rechtsgrundlagen zugrunde gelegt. - Wir haben es hier mit einem ganz anderen Problem zu tun, und ich will das in keiner Weise vergleichen. Ich will nur deutlich machen, daß es menschlich Probleme gibt, daß es menschliche Abläufe gibt, die sich mit bestehenden Rechtsordnungen einfach nicht erfassen lassen.

Ich bin der Meinung, meine Herren vom Antragsteller, daß Ihr Vorhaben unter naturrechtlichen Gesichtspunkten einen kriminellen Akt darstellt,

(Beifall bei den Einwendern)

weil, meine Herren vom BfS, Herr Thomauske, Sie nicht in der Lage sind, eine Langzeitsicherheit darzustellen, die eine Sicherheit für Generationen und für Zivilisationen nach uns garantiert. Weil Sie das nicht können, nehmen Sie zumindest die fahrlässige Tötung nachfolgender Generationen in Kauf.

(Beifall bei den Einwendern)

Deshalb möchte ich Sie fragen - und ich bitte Sie auch um eine Antwort -: Wie wollen Sie eine Langzeitsicherheit garantiert für einen Zeitraum - nehmen wir mal einen ganz kurzen - von heute bis in 2 000 Jahren? Das ist vielleicht viel zu kurz gedacht, nehmen wir ruhig 5 000 Jahre, das liegt immer noch weit unter der Halbwertszeit von Plutonium. Wie wollen Sie eine Sicherung gegen Zutritt gewährleisten, wie wollen Sie verhindern, daß Menschen, die in Generationen und Zivilisationen nach uns leben, erkennen, was Sie für eine todbringende Fracht unter der Erde versteckt haben, wie wollen Sie verhindern, daß diese Menschen sich dort verstrahlen und an diesen Hinterlassenschaften sterben? Darauf bitte ich um eine Antwort.

(Beifall bei den Einwendern)

**stellv. VL Dr. Biedermann:**

Herr Wenzel, ein Vergleich dieses Verfahrens mit den Nürnberger Prozessen - auch hinsichtlich der Zugrundelegung von Rechtsordnungen; da haben Sie die Kurve ja noch gekriegt - ist makaber und heikel. Mehr will ich dazu nicht sagen.

(Zuruf von Wenzel (EW))

- Ist makaber und heikel. Daß das Ganze ein krimineller Akt ist: Ich habe schon einmal gesagt, wir wollen hier nicht jedes Wort auf die Goldwaage legen, das ist hier ein Erörterungstermin, und da kann durchaus mit unter-

schiedlichen Meinungen der Diskurs geführt werden. Das ist überhaupt kein Problem, dafür sind wir da.

Die Hauptintention Ihres Vortrags war, wenn ich Sie richtig verstanden habe: Wie ist es möglich, die heutigen wissenschaftlichen Erkenntnisse auf die Zukunft richtigerweise zu extrapolieren? Welche Rechtsgrundlage legt man da vernünftigerweise zugrunde? - Hierzu erteile ich dem Antragsteller das Wort. Herr Thomauske!

**Dr. Thomauske (AS):**

Ich weiß nicht, ob es im Interesse der Verhandlungsleitung liegt, die Fragestellung der Langzeitsicherheit, der Datenbasis und der Rechtfertigung für die Zukunft nun erneut aufzurollen. Ich stelle dies anheim. Wir könnten darauf natürlich antworten.

**stellv. VL Dr. Biedermann:**

In Anbetracht dessen, daß jetzt sicherlich ein längerer Vortrag zu erwarten sein wird, Herr Wenzel, und daß es hier noch viele Redner gibt, die auch, etwas sagen wollen - 14 Uhr ist hier Schluß - - -

**Wenzel (EW):**

Dann bitte ich, zu Protokoll zu nehmen - - -

**stellv. VL Dr. Biedermann:**

Das allemal. Das Protokoll dieses Erörterungstermins können Sie, wenn auch käuflich, erwerben. Da können Sie das dann nachlesen.

**Wenzel (EW):**

Dann bitte ich, zu Protokoll zu nehmen, daß der Antragsteller zustimmt, daß die Rechtsordnung, nach der wir heute verhandeln, voraussichtlich keinen Bestand mehr hat, wenn dieses Lager aber noch immer in Betrieb ist, und daß das auf jeden Fall naturrechtlich gewürdigt werden muß. Da sehe ich überhaupt nicht ein, daß ich mich kritisieren lasse, wenn ich ein Beispiel für geschichtliche Prozesse bringe, die nach naturrechtlichen Maßstäben verhandelt wurden. Ich sage ganz deutlich: Ich sehe da keinen Vergleich in der Sache, sondern nur in der Anwendung naturrechtlicher Maßstäbe innerhalb menschlicher Beziehungen und menschlicher Konflikte.

(Beifall bei den Einwendern)

Ich bin aber noch nicht fertig.

**stellv. VL Dr. Biedermann:**

Herr Wenzel, das Problem ist: Was sind naturrechtliche Maßstäbe und wer legt sie wie fest? Das ist das Problem. - Stimmt der Antragsteller den Äußerungen von Herr Wenzel zu?

**Dr. Thomauske (AS):**

Nein.

**stellv. VL Dr. Biedermann:**

Herr Wenzel!

**Wenzel (EW):**

Okay, dann fahre ich fort. Herr Thomauske, sind Sie der Meinung, daß es möglich ist, über die Zeiträume hinweg, für die Sie hier planen, für Tausende von Jahren, eine Finanzierung vorzulegen, die Ihr Projekt über einen Zeitraum von 5 000 bis 10 000 Jahren finanzierbar macht und auch garantiert, daß nachfolgende Generationen die Finanzen aufbringen können, um dieses Lager zu betreiben, zu sichern und alles, was damit zusammenhängt, zu garantieren? Mit anderen Worten: Meines Erachtens ist es nach allen haushaltsrechtlichen Verordnungen, die es sowohl in den Kommunen als auch im Land als auch im Bund gibt, absolut notwendig, daß ich, bevor ich ein Vorhaben in Gang setze, mir bis zum Ende dieses Vorhabens darüber im klaren bin, was die Sache kostet. Letztlich arbeiten Sie hier für Bürger der Bundesrepublik Deutschland; als BfS sind Sie vom Bundestag in irgendeiner Art und Weise eingestellt worden. Letztlich handeln Sie hier mit unserem Geld; mit dem Geld der Steuerzahler wird hier versucht, so etwas durchzusetzen. Ich möchte von Ihnen wissen: Sind Sie der Meinung, daß die Finanzierung für die nächsten 5 000 Jahre gesichert ist?

(Beifall bei den Einwendern - Strahlmann  
(EW): Töpfer gibt die Garantie!)

**stellv. VL Dr. Biedermann:**

Der lebt nicht so lange. - Herr Thomauske!

**Dr. Thomauske (AS):**

Die Betriebsphase des Endlagers ist zeitlich befristet. Danach beginnt die Abdichtung des Endlagerbetriebs gegen die Biosphäre. Die Bundesregierung hat das Konzept verfolgt, wartungsfrei, nicht rückholbar einzulagern. Insofern stellen sich Ihre Fragen nicht.

**stellv. VL Dr. Biedermann:**

Schönen Dank. - Herr Wenzel!

**Wenzel (EW):**

Vielen Dank, Herr Thomauske. Ich will noch einmal kurz auf den letzten Punkt zurückkommen: Herr Thomauske, ich bin der Meinung, wenn Sie diese drei Fragen nicht befriedigend beantworten können, wenn man Ihr Vorhaben unter naturrechtlichen Maßstäben würdigt und wenn Sie diese Anlage in Betrieb nehmen, dann gehören Sie, meine Damen und Herren, in den Knast. Ich sage das hier so deutlich. Sie können das kritisieren, aber das ist meine Meinung.

(Beifall bei den Einwendern)

Sehr geehrte Damen und Herren! Ich sage immer "Damen", aber da sitzen nur Herren. Herr Thomauske! Sehr geehrte Herren! Ich habe als Bürger dieses Staates



nach dem Grundgesetz, nach der gegenwärtig in diesem Land geltenden Rechtsordnung, ein Recht auf körperliche Unversehrtheit. Sie können nicht gewährleisten, daß ich und meine Kinder durch Ihr Vorhaben nicht geschädigt werden. Auch das ist ein Verstoß gegen die Rechtsordnung der Bundesrepublik Deutschland und macht Ihr Vorhaben rechtswidrig.

Ich komme jetzt gleich zum Ende. Herr Thomauske, ich habe noch eine Frage an Sie und an die Herren, die mit Ihnen auf der Bank sitzen: Was für einer Religion gehören Sie eigentlich an, worauf basiert Ihre ethische Verantwortung vor Ihrem Handeln? Ich bitte Sie, diese Frage zu beantworten.

**stellv. VL Dr. Biedermann:**

Also, das werde ich hier nicht zulassen. Ich finde, das hat hiermit wirklich nichts zu tun. Es ist Religionsfreiheit bei uns, jeder kann ausüben, was er will, und das lassen wir auch so.

(Wenzel (EW): Okay, akzeptiert!)

Und was es anbelangt, daß diese Herren in den Knast gehören, da muß ich Ihnen sagen: Die beantragen ihr Endlager. Die Verantwortung für dieses Endlager hätte, wenn sie es genehmigen würde, die Genehmigungsbehörde zu tragen. Das nur dazu. Das muß ich Ihnen klar sagen.

**Wenzel (EW):**

Es wird dann ja einen Prozeß geben müssen, der irgendwann auch unter naturrechtlichen Gesichtspunkten diese Fragen würdigt, und vielleicht wird das auch besser da entschieden werden. Da können wir ja noch darüber sprechen.

Aber was meine Frage nach der Grundlage Ihrer ethischen Verantwortung angeht, meine Damen und Herren: Ich finde, das ist eine ganz entscheidende Frage, und ich bin nicht gewillt, das einfach so unter den Tisch fallen zu lassen. Wenn Sie darauf nicht antworten wollen, kann ich es auch nicht ändern. Aber ich möchte Sie bitten, meine Herren - und ich gehe eigentlich davon aus -: Schwingen Sie sich nicht auf zum Herrn über die Schöpfung! - Damit will ich hier auch zum Ende kommen.

(Beifall bei den Einwendern)

**stellv. VL Dr. Biedermann:**

Schönen Dank. - Wünscht der Antragsteller noch, dazu Stellung zu nehmen?

**Dr. Thomauske (AS):**

Es gibt Minimalbedingungen für eine Diskussion. Die sind in diesem Beitrag nicht gegeben. Insofern verzichte ich.

(Buhrufe und Pfiffe)

**stellv. VL Dr. Biedermann:**

So, wir fahren fort. Als nächster kommt Herr Hülsmann  
- - -

(Eine Kindergruppe betritt unter Klatschen, Singen und Pfeifen den Verhandlungssaal.)

- Gut, dann machen wir eine kleine Pause.

(Fortgesetzt Klatschen und Pfiffe. Der Antragsteller verläßt den Verhandlungssaal. - Buhrufe)

Meine Damen und Herren, es geht jetzt weiter. Ich hatte nur eine kleine Unterbrechung gemacht, weil mir aufgrund des Lärms die Konversation etwas behindert erschien. Jetzt erteile ich Herrn Hülsmann, Arzt vom IPPNW, Ärzte gegen Atomkrieg, das Wort. Herr Hülsmann, bitte!

**Dr. Hülsmann (EW):**

Ich finde es sehr bedauerlich, daß die Herrschaften vom Antragsteller nicht da sind. Sollen wir einen kleinen Moment warten, daß die wiederkommen?

(Trustorff (EW): Das ist unmöglich! In dem Moment, in dem die Kinder in den Raum kommen, verlassen sie den Raum! - Frau

Streich (EW): Die sollen wiederkommen! Wir tun denen doch nichts!)

**stellv. VL Dr. Biedermann:**

Herr Hülsmann, fahren Sie fort! Es sei dem Antragsteller überlassen zu kommen oder nicht. Ich kann ihn nicht hereinzwingen. Ich nehme an, er kommt. Ich weise aber darauf hin: Auch Antragsteller sind Menschen, für die die ethischen Ansprüche zu gelten haben.

(Weitere Zurufe und Buhrufe)

- Leute, Auseinandersetzungen in der Sache gerne, aber die Menschen und die Personen sollten akzeptiert werden. Zumindest die. So, Nr. 7, bitte!

(Frau Streich (EW): Es wäre gut, wenn das ins Protokoll aufgenommen würde, Herr Vorsitzender!)

**Dr. Hülsmann (EW):**

Vielleicht ist es symptomatisch für einen Antragsteller, daß er, wenn Kinder kommen, schnell wegläuft.

(Beifall bei den Einwendern)

Ich bin ermächtigt, für den IPPNW sowohl in Salzgitter als auch in Braunschweig kurz zu sprechen. Ich möchte dabei darauf eingehen, daß in der Zeitung "Frankfurter Rundschau" von heute, vom 6.3.1993, eine Mitteilung steht, daß eine Studie kommt, die die Verbindung zwischen Atomkraft und Krebs bei Kindern zeigt. Im Gegensatz zu der Michaelis-Studie, die das "Deutsche Ärzteblatt" als Ausweis für die Ungefähr-

lichkeit von Niedrigradioaktivität in der Nähe von Kernkraftwerken benutzt hat, zeigt diese Studie - zeigen diese Studien, muß man sagen -, daß ein Zusammenhang zwischen Niedrigradioaktivität und Kernenergie besteht.

Ich möchte aus der "Frankfurter Rundschau" kurz die wichtigsten Teile zitieren:

"Die 'Oxforder Untersuchung zu Krebsfällen in der Kindheit', teilweise ausgeführt von der Universität Birmingham, analysierte 15 000 Krebsfälle bei britischen Kindern in den Jahren 1953 bis 1981. Dabei wurden die Arbeitsverhältnisse der Väter der erkrankten Kinder untersucht und festgestellt, daß die Kinder von Vätern, die an ihrem Arbeitsplatz radioaktiven Staub einatmeten, eine Krebsrate verzeichneten, die deutlich höher liegt als bei anderen Kindern.

Der Leiter der Untersuchung, Tom Sorahan, sagte dazu: 'Bei Radiologen und Zahnärzten schien kein größeres Risiko vorzuliegen. Zur Risikogruppe zählten Leute, die mit nuklearem Material arbeiteten - Wissenschaftler und Nukleartechniker, die innere Verseuchung erlitten haben mögen.'...

Bestätigt wird der Befund durch eine zweite Studie, in Auftrag gegeben von Oxfords 'Imperialem Krebsforschungs-Fonds', und vorgestellt in der jüngsten Ausgabe der Britischen Ärzte-Zeitschrift. Diese Studie, die speziell Kinderkrebs-Erkrankungen in der Nähe nuklearer Einrichtungen untersuchte, kommt zu dem Schluß, daß nicht unbedingt direkte Bestrahlung für die Genveränderungen maßgeblich sein müsse, sondern die Erkrankungen auch 'von Chemikalien oder anderen radioaktiven Substanzen' verursacht worden sein könnten, 'die eingeatmet oder geschluckt'

- sprich inkorporiert -

"wurden'.

Eine dritte, kleinere Studie, ebenfalls in der Ärzte-Zeitschrift vermeldet, wies erstmals eine Verbindung zwischen Müttern und Kindern auf. Diese Studie untersuchte eine seltene Form von Augenkrebs bei fünf Kindern, die in der Nähe des Kernkraftwerks Sellafield wohnten, und fand, daß die Anfälligkeit für eine solche Krebsart 20mal höher lag, sofern die Mütter der betreffenden Kinder schon lange Zeit vor Ort, in unmittelbarer Nähe Sellafields, gelebt hatten."

Soweit nur dazu. Ich hoffe, daß diese Studien in die Betrachtung und Bewertung der Wirkung von Niedrigradioaktivität mit Eingang finden.

Ich möchte noch einmal sagen, daß ich den Eindruck habe, daß diese Schlüsselochabschätzung, diese Schlüsselochsicht, dieser Röhrenblick, den der Antragsteller in die Zukunft der nächsten 70 000 Generationen wirft, in der Abschätzung des Risikos, welche Karzinom- und Erkrankungsrate er damit eingeht, doch etwas unzureichend ist und wahrscheinlich für etwas Blindheit spricht.

(Beifall bei den Einwendern)

**stellv. VL Dr. Biedermann:**

Herr Hülsmann, schönen Dank. Ich nehme an, Ihnen ist bekannt, daß wir der Diskussion der gesundheitlichen Auswirkungen von radioaktiver Strahlung im Niedrigdosisbereich hier breiten Raum gegeben haben. Es waren viele namhafte Leute hier; auch auf unserer Gutachterbank saßen namhafte Leute. Wir werden das bei der radiologischen Bewertung der Antragsunterlagen mit zugrunde legen; im Rahmen des anzuwendenden Minimierungsgebotes wird das mit eine Rolle spielen. Insofern, glaube ich, brauchen wir das jetzt nicht weiter zu erörtern. Es ist ausreichend erörtert worden.

Ich darf noch dem Antragsteller Gelegenheit geben, sich dazu zu äußern, falls er es möchte.

**Dr. Thomauske (AS):**

Nicht dazu, sondern zu unserem Hinausgehen. Wir sind davon ausgegangen, nachdem die Verhandlungsleitung gesagt hat, daß eine Pause ist, daß diese Pause stattfindet.

(Lachen und Buhrufe bei den Einwendern. -

Frau Streich (EW): Sie waren um Ausreden noch nie verlegen!)

**stellv. VL Dr. Biedermann:**

Leute, bitte Ruhe! Wir wollen doch weitermachen, es soll doch jeder hier zu Wort kommen.

**Dr. Thomauske (AS):**

Deswegen haben wir auch keine Probleme, nach der Pause wieder hereinzukommen. - Danke.

**stellv. VL Dr. Biedermann:**

Gut, okay. Herrn Schermann bitte ich, ein bißchen Ruhe in den Nebenräume zu halten. Dann können wir uns hier besser verständigen. - Herr Hülsmann, bitte!

**Dr. Hülsmann (EW):**

Ich habe dies nur vorgetragen, weil es eine ganz neue Veröffentlichung ist, und ich bitte, diese neue Veröffentlichung bei der Bewertung mit zu berücksichtigen. Es zeigt sich nur noch einmal, wie schnell die Bewertungen sich verändern.

**stellv. VL Dr. Biedermann:**

Dann bitte ich Sie, eine Kopie Ihres Artikels unserem Protokoll beizufügen.

**Dr. Hülsmann (EW):**

Ist erfolgt.

**stellv. VL Dr. Biedermann:**

Schönen Dank, wunderbar. - Als nächstes kommt Herr Niehoff.

**Niehoff (EW):**

Ich möchte an dieser Stelle für die BI "Vechelder gegen Schacht Konrad" nur noch einen kurzen Nachtrag zu dem von mir am Donnerstag vorgetragenen politischen Einwendungen gegen ein jetzt durchgeführtes Planfeststellungsverfahren einfügen.

Ich hatte ausgeführt, daß die in den 50er Jahren begonnene sogenannte friedliche Nutzung der Atomenergie 1993 nur noch eine wackelige rechtliche Grundlage hat. Die Menschen in diesem Land sind schon weiter als die Rechtsprechung und lehnen in Mehrheit die Atomenergie ab. Ein Volksentscheid wäre schon jetzt das sichere Ende der Atomenergie.

(Beifall bei den Einwendern)

Ich hatte weiter ausgeführt, daß im nächsten Jahr durch die Bundestagswahl wahrscheinlich ein politischer Wechsel ansteht, der zumindest das Auslaufen der jetzigen Atomkraftwerke und das Ende der Atomenergienutzung bedeutet, weil keine neuen mehr gebaut werden. Ich möchte meinem Beitrag als Nachweis für die Richtigkeit meiner Behauptungen noch einen Zeitungsausschnitt aus der Wochenzeitung "Die Woche" beifügen. In einer Statistik werden die schweren Rezessionen seit 1945 aufgezeigt. Alle schweren Rezessionen waren mit einem Regierungswechsel verbunden: 1966 - Beginn der großen Koalition, 1974 - Rücktritt von Brandt, 1982 - Sturz von Schmidt. 1993 haben wir die schwerste Rezession der Bundesrepublik vor uns. In ganz Deutschland sind schon jetzt mehr als 5 Millionen Menschen ohne Arbeit. So viele waren es in keiner der vorangegangenen Rezessionen.

Wenn es richtig ist, daß ein Regierungswechsel und damit verbunden auch ein neues Nachdenken über die Energiepolitik ansteht, dann muß die Frage der Atommüllagerung so lange zurückgestellt werden, bis der gesellschaftliche Konsens und seine Folgen gefunden wurden.

(Beifall bei den Einwendern)

Es ist politisch unverantwortlich, kurz vor dem Wechsel von energiepolitischen Positionen eine Endlagerung durchsetzen zu wollen, die Auswirkungen über viele Jahrhunderte hat. Ich bitte daher, die Statistik den Verhandlungsunterlagen beizufügen. Sie beweist wie vieles andere, was hier vorgetragen wurde, die Richtig-

keit der Forderungen aller Bürgerinitiativen: Abbruch des Planfeststellungsverfahrens.

(Beifall bei den Einwendern)

**stellv. VL Dr. Biedermann:**

Schönen Dank, Herr Niehoff. Zu Ihren Äußerungen zu der politischen Entwicklung kann ich nicht viel sagen, das wird die Zukunft zeigen. - Möchte der Antragsteller dazu Stellung nehmen? - Er möchte nicht. Dann kommt der nächste Redner, ein Herr Gottfried Aust. Bitte!

**Aust (EW):**

Als Mitglied der Lengeder "Bigamie Konrad" - "Bigamie" steht für Bürgerinitiative gegen Atommüll im Erzlager Konrad -, aber auch als Einzeleinwender möchte ich heute die letzte Gelegenheit nutzen, meine bzw. unsere Betroffenheit zum Ausdruck zu bringen: die Betroffenheit über die Art und Weise, wie hier im Erörterungstermin mit den Sorgen und Ängsten der Einwanderinnen und Einwander umgegangen wurde, die Betroffenheit über die Berichterstattung in den Medien, die nur sparsam und oft mit bedenklicher Zielrichtung über diese uns alle bedrohende Atomproblematik stattfand.

Da wurde in irgendwelchen Chefetagen des Großkapitals eine dichtbesiedelte Region ausgesucht, um eine der gefährlichsten Atomanlagen zu errichten, gegen den erklärten Willen der Bevölkerung und gegen fundierte Gutachten von Experten. Man mutet jetzt den betroffenen Bewohnern dieser Region zu, in ihrer Freizeit ohne jegliche Kostenerstattung gegen diese unerwünschte, weil gefährliche Anlage Stellung zu beziehen, Stellung zu beziehen gegen einen Behördenapparat, der schon seit Jahren und Jahrzehnten die Gefahren der Kernenergie herunterspielt und verharmlost. Hätte man schon zu Beginn der Nutzung der Kernenergie jeder Stromrechnung einen Zettel mit Hinweisen auf Risiken und Nebenwirkungen beigelegt, statt auf Kosten aller Stromverbraucher Verharmlosungsprospekte zu verteilen, müßten wir jetzt nicht die Lasten dieser gefährlichen Technologie tragen.

(Beifall bei den Einwendern)

Dem Einstieg wäre nämlich gleich der Ausstieg gefolgt.

Wir Lengeder Einwohner haben schlicht und ergreifend Angst vor den Auswirkungen dieser Mammutanlage, Auswirkungen, die in verschiedenster Weise auf uns zu kommen werden, wenn diese Anlage genehmigt und in Betrieb genommen werden sollte.

Die Transportfrage hat man ja vorsichtshalber ausgeklammert. Aber im Ort Lengede gibt es sieben unbeschränkte Bahnübergänge der Preussag-Werksbahn und einen beschränkten Übergang der Bundesbahn - Transportwege für den Atommüll. Der jüngste Unfall liegt knapp zwei Wochen zurück. Entlang dieser Bahnlinie befinden sich in unmittelbarer Nähe neben zahlreichen

Wohn- und Geschäftshäusern mehrere Schulen, Sportplätze und unser Jugendzentrum. Mit viel Aufwand wurden die alten Bergbauanlagen rund um Lengede rekultiviert und zum Naturschutzgebiet erklärt. Seltene Pflanzen und Tiere haben hier ihren Lebensraum. Aber auch Angler, Pilzsammler und Gartenbesitzer konnten bislang gefahrlos unbelastete Produkte der Natur nutzen und genießen.

Wir wollen, daß dies so bleibt, wir wollen keine Zunahme heimtückischer Krankheiten wegen erhöhter Strahlenbelastung. Wir wollen keinen Wertverlust für unsere Wohnungen und Häuser, weil dann bald keiner mehr in dieser Region wohnen möchte. Wir wollen weiterhin ungefährdet unserer Arbeit nachgehen können.

(Beifall bei den Einwendern)

**stellv. VL Dr. Biedermann:**

Schönen Dank. Die Betroffenheit der Kommune Lengede hat Herr Rechtsanwalt Nümann hier schon ausreichend vorgetragen; das ist ausreichend erörtert worden. Ich lasse das so stehen.

Wenn der Antragsteller dazu Stellung nehmen will? - Das will er nicht. Dann können wir mit dem nächsten Redebeitrag fortfahren. Mir liegt ein Meldezettel von Frau Schernus für ihren Sohn vor. Frau Schernus, bitte!

(Die Verhandlung wird durch eine pantomimische Theateraufführung unterbrochen. - Strahlmann (EW): Schönen Dank für eure Demonstration. Muß es noch deutlicher werden?)

**stellv. VL Dr. Biedermann:**

Gut, ich nehme an, wir können jetzt fortfahren. Frau Schernus hat das Wort.

**Frau Schernus (EW):**

Mein Sohn läßt mich fragen: Wieviel abgebrochene Kernkraftwerke würden bei der heutigen Konzeption - ohne anderen Atommüll - in Schacht Konrad eingelagert werden können?

(Beifall bei den Einwendern)

**stellv. VL Dr. Biedermann:**

Das kann ich Ihnen nicht sagen. 650 000 m<sup>3</sup> steht im Plan. Mehr kann ich nicht sagen.

**Frau Schernus (EW):**

Vielleicht wäre das einmal eine Untersuchung wert. - Ich möchte anschließend noch ganz kurz eine Einwendung vortragen, weil das natürlich nicht so stehenbleiben kann; das sähe ja so aus, als wenn wir das wollten. Ich fordere zusammen mit meinem Sohn eine nach Stoffen geordnete Einlagerung von Atommüll aus stillgelegten Kernkraftwerken mit Einzelaufstellung der Gebinde, so daß sie von allen Seiten einsehbar sind, auch

durch Videoüberwachung, Aufstellungsräume gekühlt und begehrbar, Gebinde rückholbar, angegliederter Konditionierungsanlage unter Tage. Ich fordere eine Rücknahme des jetzigen Antrags und wissenschaftliche Untersuchungen mit diesem Inhalt.

(Beifall bei den Einwendern)

Ich fordere, daß sich ein eventuell aus diesen Untersuchungen entwickelnder Antrag nur auf die Einlagerung von Atommüll aus stillgelegten Kernkraftwerken des Landes Niedersachsen bezieht. Ich fordere dann eine eventuelle - also in diesem eventuellen Fall, daß es dann überhaupt noch zu einem Antrag käme - eine Einbeziehung der Atommülltransporte in das dann anberaumte Planfeststellungsverfahren.

(Beifall bei den Einwendern)

Ich fordere dabei auch - in diesem eventuell entstehenden Falle - ein jederzeit bereitstehendes Zwischenlager, falls der Abfall aus Gründen der Standsicherheit der Grube wieder ausgelagert werden muß - unter der Voraussetzung, daß sich eine Lagerung dieser Art in Schacht Konrad überhaupt als sicher genug erweist; das hatte ich eben schon gesagt.

(Beifall bei den Einwendern)

**stellv. VL Dr. Biedermann:**

Schönen Dank, Frau Schernus. Mit Ihrer Forderung stehen Sie sicher nicht alleine. Wir haben auch alles schon erörtert; das möchte ich jetzt nicht weiter kommentieren. Der Antragsteller hat die Möglichkeit, dazu Stellung zu nehmen. - Er möchte nicht.

Nächster Meldezettel! Kein Erörterungsbedarf mehr? - Frau Streich!

**Frau Streich (EW):**

Eigentlich wollte ich nicht mehr zu Wort kommen. Aber ich möchte doch noch einmal auf die Stellungnahme des Antragstellers von gestern zurückkommen. Wenn ich dieses hier sehe: Herr Thomauske, Sie haben gestern in Ihrer Stellungnahme einen Hinweis nicht gegeben, den ich sehr vermißt habe. Wenn nach 100 000 oder 200 000 Jahren nun doch etwas schiefgehen sollte: Wer wird sich dann bei den Geschädigten entschuldigen?

(Strahlmann (EW): Entschuldigen?)

- Ja, entschuldigen, wie bei Hoechst.

(Beifall bei den Einwendern. - Strahlmann (EW): Denkstel! Kein Arsch!)

Aber ich erwarte keine Antwort.

**stellv. VL Dr. Biedermann:**

Gut, Sie erwarten keine Antwort.

**Frau Streich (EW):**

Herr Biedermann, noch einen kurzen Zusatz. Ich denke, wir sollten das Bundesamt für Strahlenschutz, das wir unter dem Kürzel BfS kennen, doch bitten, sich umzubenennen in Bundesamt für Strahlenschädenverharmlosung.

**stellv. VL Dr. Biedermann:**

Gut, wir stellen es dem BfS anheim, dies zu tun. - Jetzt führt Herr Schmidt-Eriksen die Verhandlung weiter. Herr Schmidt-Eriksen, bitte!

**VL Dr. Schmidt-Eriksen:**

Meine Damen und Herren, als nächstes ist Herr Eschemann dran. Ich denke, Herr Eschemann, Sie sind auch gleich soweit.

(Eschemann (EW) bringt eine Metallplastik in den Verhandlungssaal)

- Lieber Herr Eschemann, das ist bestimmt nicht stand-sicher so.

**Eschemann (EW):**

Wenn Konrad mal so sicher wird wie das Ding, dann können wir alle nach Hause gehen.

**VL Dr. Schmidt-Eriksen:**

Herr Eschemann, Sie haben diesen Erörterungstermin schon einmal künstlerisch bereichert: mit Ihrer Taube nach Tschernobyl, einem Werk, das mich durchaus beeindruckt hat. Ich denke, zu diesem Werk möchten Sie uns auch etwas Erklärendes sagen.

**Eschemann (EW):**

75 Tage lang ist um die Planfeststellungsunterlagen zur Errichtung eines atomaren Endlagers im Erzbergwerk Konrad erörtert worden. Ich bin nicht an allen 75 Tagen hier gewesen. Ich habe am 27. November schon einmal erklärt, warum ich an diesen 75 Tagen nicht werde da sein können. Am 27. November waren sie noch nicht um. Aber zu dem Zeitpunkt war schon eine derart starke Belastung in mir zu spüren, daß ich es nicht durchhalten könnte, weil ich Mensch bin, weil ich fühle, weil mit dem Wahnsinn, der hier betrieben werden soll, meine Gesundheit derart zu Schaden kommen würde - das habe ich zu dem Zeitpunkt schon gespürt -, so daß ich einfach pausieren mußte.

Während dieser Zeit ist ein Teil meiner Kreativität, die sonst frei und unbefangen von solchen Störfaktoren ihre Schöpfungskraft erhalten hat, zum Niederbruch gekommen. Ich habe überhaupt nicht mehr schmieden können. Ich will hier nicht bedauert werden. Ich sage das nur, weil, wie ich hier immer wieder zu erklären versucht habe, psychosomatische Einwirkungen in diesem Planfeststellungsverfahren wahrscheinlich überhaupt nicht berücksichtigt worden sind, wie so viele andere Dinge auch nicht,

(Beifall bei den Einwendern)

z. B. daß Menschen in einer ähnlichen Form Schaden nehmen durch Niedrigstrahlung und durch alle andere Dinge, die von Konrad ausgehen werden, die von der Atomenergie überhaupt ausgehen. Ein ganz wesentli-chen Punkt.

Nun hat sich in diesem Vakuum, sage ich mal, daß durch diese Erörterung bei mir entstanden ist, eine ganz andere Geschichte entwickelt. Was hier vor uns steht, ist das Produkt. Es ist an 75 Tagen verhandelt worden. Ich habe 75 Einzelteile aus Schrottcontainern von Maschinenfabriken zusammengesammelt und zu diesem Werk vereinigt. Es ist ein neues Element in der Reihe entstanden. Ich weiß nicht, wieviel Elemente es gibt. Dieses ist das nächste, das eingenummert werden muß. Es ist das sogenannte Konradonit. Ich habe es so genannt.

(Beifall bei den Einwendern)

Es soll darstellen, daß in diesem scheinbaren Wirr-warr von Sinnlosigkeit, in diesem zusammengefügt-ten Haufen Schrott ein Unsinn beinhaltet ist. Niemand auf dieser Welt wird in dem zusammengefügt-ten Schrott-berg einen Sinn erkennen. Er sagt aus, was hier mit Konrad passieren wird.

Wir haben in sehr vielen Sach- und Fachbeiträgen immer wieder ganz konträre Aussagen gekriegt. Ich denke nur an meinen letzten Beitrag, in dem ich den 21.1.1993 zitiert habe, als Herr Thomauske sagte, es kann durchaus zur Anlieferung von Gebinden mit einer über dem angegebenen Wert sich befindlichen Strah-lendosis kommen. Wie hoch das war, hat er nicht ge-sagt. Auf der anderen Seite sagte Herr Ehrlich, der Wert ist konstant über 40 Jahre. Man sieht also allein an die-ser konträren Darstellung, daß man sich gar nicht einig ist, was in Konrad passieren wird.

Und genau so, wie man nicht analysieren kann, was in Konrad passieren wird, ist dieser Kristall Symbol da-für: Man kann das nicht analysieren. Selbst wenn alle Wissenschaftler der Welt sich daran machen würden, daraus einen kristallinen Sinngehalt ableiten: Es ist un-möglich. Und das soll hiermit demonstrativ dargestellt werden. Es ist ein Wahnsinn!

Alle Worte, die hier in der Erörterung gesagt wurden über die Sicherheit, über die Unsicherheit und über all das, was machbar ist und was nicht machbar ist, sind der Vater für dieses Werk. Und alles, was Menschen, die einen entsprechend verantwortungsbewußten Sachverstand als Sachbeistände und als Fachleute hier haben einfließen lassen, hat nicht ausgereicht, die Liga der Betriebsüchtigen aufzusprengen.

(Beifall bei den Einwendern)

Sie sind nicht nach Haus gegangen, sie haben nicht nachgelassen von diesem Werk. Ich denke, daß dieses Werk in sein optischen Form, wie es hier steht, Herrn Thomauske und seinen Vasallen zeitlebens in der

Erinnerung bleiben möchte: Das ist es, was ihr in Konrad einlagern wollt, und ihr könnt keinem Menschen erzählen, daß ihr wißt, was es ist. Wenn das so ist, bitte, Thomauske, dann kommen Sie, und erklären Sie mir die analytische Aufbaustruktur dieses Werkes.

(Beifall bei den Einwendern)

Es sind drei von mir ausgewählte Einzelteile an ganz bestimmter Stelle arrangiert worden. Es ist einmal die Nummer 20. Ich denke, das Volk wird nachher hieran vorbeigehen, dann sieht man diese diabolische Kontur. Auf der anderen Seite die Nummer 75, das letzte: zeigt an, es ist der symbolische Korpus eines Atommeilers mit dem Schornstein. Auf der anderen Seite die Nummer 74: eine Wetterfahne mit der Pfeilspitze. Es geht hier um Atommüll, der in diesen Kraftwerken erzeugt wird, den wir hierher haben sollen. Dagegen geht unser Widerstand. Wir haben unsere eigene Windrichtung nämlich: weg von diesem Atommeiler in die Richtung Freiheit!

(Beifall bei den Einwendern)

Und wer uns diese Freiheit beschneiden will, streitig machen will oder wegnehmen will, der wird umgebracht mit dieser Dolchspitze,

(Beifall bei den Einwendern)

umgebracht durch die eigenen Taten. Und wenn es nicht geht, daß ihr möglicherweise noch einen gesunden Tod vorher sterbt, dann lassen wir euch nicht gesund sterben. Ich habe einmal gesagt: Ich verteidige meine Scholle und mein Leben, egal mit welchen Mitteln, aber mit den Mitteln, die mir zur Verfügung stehen. Ich bin hierhergekommen, um ein demonstratives Menetekel hierhinzustellen, und ich fordere euch auf: Hört auf mit diesem Wahnsinn!

#### **VL Dr. Schmidt-Eriksen:**

Vielen Dank, Herr Eschemann. Ich kann nur sagen, daß es Ihnen einmal mehr gelungen ist, anhand Ihrer Erläuterungen mir ein wenig näher zu bringen, was der Gestaltungs- und Ausdruckswille war. Ihr Appell ist angekommen. Sie wissen, daß Ihnen hier niemand vorschnell die bestätigende Zusage geben würde, daß dem so sei und so zu verfahren ist.

Vielleicht noch eine ganz subjektive und persönliche Bemerkung von mir: Selbst wenn dieses Werk wahrscheinlich noch eine sehr viel größere Beanspruchung und Leistung Ihrerseits gewesen ist, mir hat die Taube nach Tschernobyl gleichwohl als künstlerisches Werk ein bißchen besser gefallen. Aber das ist halt eine Frage des persönlichen Geschmacks.

(Eschemann (EW): Es darf niemandem gefallen, das ist ja der Sinn! - Beifall bei den Einwendern)

- Herr Eschemann, vielen Dank, gerade auch für diese letzte Bestätigung. - Herr Wessel!

#### **Wessel (EW):**

Ich wollte erst mal fragen, ob vielleicht der Antragsteller hierzu noch Stellung nehmen will.

(Beifall bei den Einwendern)

Sie sollten ihm zumindest die Gelegenheit dazu geben.

#### **VL Dr. Schmidt-Eriksen:**

Ich habe sie ihm gegeben, und ich habe Sie daraufhin hier aufgerufen. Herr Wessel, fangen Sie ruhig an!

#### **Wessel (EW):**

Angesichts dieser Vorführung ist das, was ich festzustellen bzw. zu beantragen habe, relativ banal. Trotzdem möchte ich das am letzten Tag noch vorstellen.

Trotz meiner grundsätzlichen Zweifel an der Legitimität dieses undemokratischen Planfeststellungsverfahrens und meiner Überzeugung, daß dieser Erörterungstermin zu keinem Ergebnis führen wird, das den Vorstellungen der Masse der 290 000 Einwendern gerecht werden kann - nämlich zu einem Abbruch des Verfahrens -, beantrage ich im Rahmen der nicht durchgeführten Umweltverträglichkeitsstudie eine Untersuchung begründeten Verdachts durch unabhängige Wissenschaftler:

Durch Zufall bin ich durch Gespräche meiner Frau mit anderen Eltern von Schülern der Wilhelm-Raabe-Schule in Wolfenbüttel, die auch meine Tochter besucht, im Frühjahr 1992 an die Information gelangt, daß in einem bestimmten Wohngebiet Wolfenbüttels eine Anhäufung von Blutbilderkrankungen bei Kindern sowie zumindest ein Leukämiefall bei einem 11jährigen Kind aufgetreten ist. Das ist für sich genommen aufgrund der allgemein bekannten Umweltbelastung in der Region zunächst einmal nichts Ungewöhnliches und aufgrund der Luftverschmutzung im Raum Wolfenbüttel speziell sowieso nicht besonders interessant.

Erst die Information, daß diese Erkrankungen gehäuft in einem Gebiet auftreten, das aufgrund der vorherrschenden Westwinde als die Senke der Emissionen aus Salzgitter angesehen werden kann, ließ mich aufhorchen. Ich verweise hier auf eine Immissionschutzvorlesung bei Professor Dr. Eichmann, die ich während meines Studiums an der Fachhochschule Wolfenbüttel belegt hatte. Professor Eichmann erläuterte dort die Ausbreitung von Luftströmen in Abhängigkeit von der Geländeoberfläche.

Diese Kenntnis aus dem Bereich der Umweltforschung, die im Zuge der Ursachenforschung zur Erkundung des Waldsterbens gewonnen wurde, besagt, daß sich die Schadstoffströme wie Flüssigkeiten ausbreiten, die sich jeweils die tiefsten Punkte im Gelände suchen und fließen wie ein mächtiger Strom. - Das ist bekannt, das wurde hier sicherlich schon des öfteren erörtert. Ich wolle es nur der Vollständigkeit halber noch einmal erwähnen.

Da mir die Oberflächenstruktur der Gegend hier sehr gut bekannt ist - weil ich hier aufgewachsen bin -

wurde mir die Offensichtlichkeit der Zusammenhänge von Blutbilderkrankungen einerseits, Radonemissionen durch die jetzt schon betriebene Grube, die Staubbela- stung durch die Stahlproduktion und der topographi- schen Gegebenheiten andererseits mehr als deutlich. Die aufgetretenen Krankheiten traten alle im Gebiet des westlichen Wolfenbüttel nördlich der Ernst-Moritz- Arndt-Straße auf.

In der topographischen Karte 1: 50 000, die der Kurzfassung des Plans beigelegt ist, ist sehr gut er- kennbar, wie die Isohypsen der tiefsten Geländeerhe- bung direkt vom Gelände der Peine-Salzgitter-AG oder der Preussag ostwärts in das besagte Gebiet führen.

Daß in unseren Breiten weitgehend Westwind herrscht, habe ich schon erwähnt. Dieser Punkt wird ja nicht einmal durch die dürftigen Planunterlagen bestrit- ten, wenngleich die Heranziehung der meteorologischen Daten aus Braunschweig-Völkenrode aus bereits von anderen Sachbeiständen erwähnten Gründen als nicht auf das geplante Endlager übertragbar akzeptiert wer- den kann.

Ich beantrage daher die Überprüfung und Er- forschung der bisherigen Belastung der Bevölkerung in den belasteten Gebieten, so wie es das UVP-Gesetz vorsieht. Ich beantrage eine Prognose von neutralen Wissenschaftlern über die Auswirkung einer zusätzli- chen Belastung der Bevölkerung in den bereits belaste- ten Gebieten durch die Einrichtung des geplanten End- lagers. Ich beantrage die Einsicht und die öffentliche Er- örterung der beantragten Studie sowie aller noch in Ar- beit befindlichen und von anderen in diesem Erör- terungstermin beantragten Studien, so wie im UVP-Ge- setz gefordert.

Die bisher ausgelegten Planunterlagen lassen derart viele Fragen offen, daß die Nachbesserung der Pläne ei- nem neuen Gesamtplan gleichkommt, womit eine er- neute Bürgerbeteiligung gerechtfertigt ist.

(Beifall bei den Einwendern)

Ich beantrage daher den Abbruch des Planfeststel- lungsverfahrens wegen mangelhafter Planunterlagen, die Erstellung eines neuen, vollständigen Planes, der alle bisher vorgebrachten Einwände nachhaltig ausräumt, falls daran noch ein ernsthaftes Interesse besteht, und die Durchführung eines neuen Planfeststellungsverfah- rens.

(Beifall bei den Einwendern)

Die Namen der betroffenen Kindern bzw. der betref- fenen Eltern gebe ich nur entsprechend legitimierten Personen preis, um eine unnötige Belästigung der Eltern und des Kindes sowohl durch die Presse als auch durch die vereinnahmenden Mitarbeiter des Bundesamtes für Strahlenschutz zu vermeiden, da mir bekannt ist, daß einige eventuell dadurch beruflich betroffen sein könn- ten. - Das war's.

(Beifall bei den Einwendern)

**VL Dr. Schmidt-Eriksen:**

Danke sehr, Herr Wessel. - Möchte der Antragsteller zu diesen Anträgen noch Stellung nehmen?

**Dr. Thomauske (AS):**

Wir beantragen, die Anträge abzulehnen.

**VL Dr. Schmidt-Eriksen:**

Danke sehr, Herr Dr. Thomauske. - Herr Wessel, wir werden entsprechend diesem Vortrag dem Sachverhalt nachzugehen haben. Sie wissen, daß Sie jetzt hier von uns keine Bestätigung bekommen können. Wir nehmen das als Prüfanregung entsprechend mit auf. - Sie sind dann soweit fertig?

(Wessel (EW): Ja!)

- Danke sehr.

(Beifall bei den Einwendern)

Dann ist die letzte Wortmeldung, die ich habe, die- jenige von Frau Ulrike Jacob-Prael für die Arbeitsge- meinschaft Schacht Konrad. Bitte sehr, Frau Jacob- Prael!

**Frau Jacob-Prael (EW-AGSK):**

Ich bin Mitglied des geschäftsführenden Vorstands der AG Schacht Konrad, und für diesen möchte ich unseren abschließenden Beitrag zum Erörterungstermin zum geplanten Atommüllendlager Schacht Konrad geben.

Die grundlegende Frage, die für uns über dem Erör- terungstermin steht, ist folgende: Kann in einem auf die formalen und rechtlichen Aspekte beschränkten Planfeststellungsverfahren überhaupt über ein so wichtiges Problem wie das der Atommüllendlagerung entschieden werden? Schließlich handelt es sich nicht um die Genehmigung einer beliebigen Industrieanlage, sondern um die Einrichtung einer atomaren Anlage, von der Tausende von Generationen betroffen sein werden.

Der Erörterungstermin konnte dieser Frage weder ethisch-rechtlich noch naturhistorisch gerecht werden. Was dies bedeutet, werde ich zusammenfassend erläu- tern.

Das ganze Verfahren ist von Anfang an unseriös. Die Auswahl des Standortes war zufällig. Die angebli- che Geeignetheit Konrads weitete sich im umgekehrten Verhältnis zur Ungeeignetheit Gorlebens aus, und zwar bis ins letzte Jahr noch unter dem Deckmantel, Konrad sei hauptsächlich für medizinischen Müll bestimmt. Die Eignung von Konrad war politisch längst beschlossene Sache, bevor der Termin begann. Eine unbeeinflusste Abwägung fand und findet nicht statt. Die Vor- gehensweise des Antragstellers hat auch während des Erörterungstermins gezeigt, daß er keine methodisch korrekte, schrittweise und systematische Standortsu- che und Planerstellung betrieben hat. Immer wieder mußten die Sachbeistände die Lücken in den ausgeleg- ten Plänen kritisieren.

Zu den Ungereimtheiten des Verfahrens gehört auch der Rückzug der angekündigten Planauslegung durch die Albrecht-Regierung 1989. Dies geschah nicht aus inhaltlichen Gründen, sondern weil Konrad als Faustpfand für einen Poker mit dem Bund um finanzielle und andere Zuwendungen erhalten mußte. Ministerpräsident Schröder ist also nicht der erste, der Konrad zur politischen Verhandlungsmasse macht.

Wie sehr es in diesem Verfahren um die Durchsetzung einer längst beschlossenen Anlage geht und nicht um seriöse Wissenschaft, wurde dadurch deutlich, daß der Antragsteller die Rolle der obersten Genehmigungsinstanz übernahm und für die Durchführung seines eigenen Projektes von ihm selbst erlassene Gesetze ignorierte. Im Erörterungstermin wurden bestehende Bedenken nicht entkräftet, sondern erhärtet. Dazu im folgenden stichpunktartig aufgezählt:

Zu den Abfällen: Das BfS hat lediglich die Einlagerungsbedingungen ohne Rücksicht auf die Vorgeschichte und Herkunft der Abfälle definiert. Dem Plan liegen Erwartungswerte zugrunde, die überschritten und verändert werden dürfen. Der Antragsteller kann nicht sagen, welche Abfälle woher kommen, ob z. B. eine strikte Trennung von zivilem und militärischem Müll möglich ist. Nicht alle konradgängigen Abfälle aus der WAA können auch wirklich in Konrad endgelagert werden, weil dann das beantragte Aktivitätsinventar überschritten würde. Bei Unkenntnis und fehlenden Möglichkeiten einer realistischen Produktkontrolle fallen die Sicherheitsnachweise in sich zusammen.

Zur Langzeitsicherheit sei angemerkt: Zu irgendeinem Zeitpunkt wird von dem geplanten Atommüllendlager eine Strahlenbelastung ausgehen, die oberhalb der heute gültigen Grenzwerte der Strahlenschutzverordnung liegen wird. Dem Anspruch nachfolgender Generationen auf Schutz vor Radioaktivität entzieht sich das BfS, indem es den Betrachtungszeitraum unzulässigerweise auf 10 000 Jahre begrenzt. Die Aussagen über geologische Barrieren und Ausbreitungsmechanismen fußen lediglich auf Annahmen. Eine gesicherte Basis repräsentativer und naturnaher Daten fehlt. Das Problem der alten Bohrungen ist deutlich größer, als wir vorher vermutet haben. Das Problem der Verfüllung bleibt weiterhin ungelöst. Die Bildung von Hohlräumen und Explosionsgefahr können nicht ausgeschlossen werden. Die biologischen, chemischen und physikalischen Prozesse im Endlager wurden in den Unterlagen kaum berücksichtigt. Weder der Antragsteller noch die Genehmigungsbehörde scheinen diesem Aspekt die nötige Aufmerksamkeit zu gewähren. Wir danken an dieser Stelle Professor Bertram dafür, daß er entschieden auf diese Prozesse hingewiesen und sich daran auch von niemandem hat hindern lassen.

(Beifall bei den Einwendern)

Zur Strahlenbelastung: Eine ganze Region wird bei Inbetriebnahme von Konrad als Endlager radioaktiv belastet werden; in doppelter Weise die Landwirtschaft:

durch die tatsächliche Belastung sowie durch die Rufschädigung. Festzustellen ist, daß es keine unschädliche Strahlung gibt und daß die Grenzwertdiskussion dieses Problem lediglich verschleiert.

An dieser Stelle möchte ich auf die erhöhte Leukämierate bzw. auf die Krebserkrankungen in der Nähe von Atomanlagen hinweisen. Wir kritisieren, daß die radioaktive Vorbelastung der Menschen hier ignoriert wird. Verschiedene Strahlenbelastungen werden für sich und nicht in der Zusammenwirkung betrachtet, sei es die Vorbelastung durch Radon für die Grubenarbeiter oder die Vorbelastung durch die Atomwaffenversuche und Tschernobyl.

Bezüglich des wesentlichen Problems der Synergismen fehlen die Daten sowie das erforderliche Problembewußtsein des Antragstellers. Ignoriert werden die Auswirkungen des Endlagers auf die Tier- und Pflanzenwelt. Es ist skandalös, daß der Antragsteller in die Aue - ein fast stehendes Gewässer - radioaktive Abwässer einleiten will.

(Beifall bei den Einwendern)

Dieses würde zu einer erheblichen Schadstoffkonzentration führen, insbesondere auch bei Überschwemmungen. Die Ungeeignetheit der Aue als Vorfluter ist unseres Erachtens einer der vielen Punkte, um Konrad nicht zu genehmigen.

Zu den Unfällen: Der Unfall von Hoechst hat gezeigt, daß uns die Wirklichkeit schneller als gedacht einholt.

(Beifall bei den Einwendern)

Was wir jetzt bei Hoechst erleben, kann eines Tages auch bei Konrad eintreten. Regionale Verseuchungen, die Bodenabtragungen, Evakuierungen von Ortschaften und Betrieben, Umsiedlungen, Vernichtung und Verbot von landwirtschaftlicher Produktion. Die Verursacher der Katastrophe in Frankfurt haben die Behörden und die Bevölkerung belogen. Es gibt keinen Anlaß zu vermuten, daß sich die Betreiber von Konrad nicht genauso verhalten werden, wenn es zu einem Störfall kommt.

(Beifall bei den Einwendern)

Wir schließen uns der Meinung der Stadt Braunschweig an, die hier im Termin erklärt hat, daß eine vorausschauende Katastrophenschutzplanung nicht möglich ist, da unklar ist, was und welche Mengen an radioaktiven Stoffen transportiert und gelagert werden, und die aus diesem Grunde Konrad für nicht verantwortbar hält.

(Beifall bei den Einwendern)

Zu den Transporten: Ob die Frage der Transporte diskutiert oder erörtert wurde, Fakt ist, es ist uns in den letzten Jahren gelungen, öffentlich deutlich zu machen, daß die Transporte eine im funktionalen Zusammenhang mit dem Endlager stehende Gefahr für die Menschen in der Region und weit darüber hinaus sind.



Unsere diesbezüglichen Einwendungen konnte das BfS auch in der bemerkenswerten Doppelrolle als Antragsteller und Gutachter der Genehmigungsbehörde nicht entkräften.

(Beifall bei den Einwendern)

Zur Entsorgung: Die Bedeutung des Konrad-Projektes im Gesamtkontext der Atomenergienutzung war eine der eher nachrangig behandelten Fragen dieses Termins. Für uns ist dieser Aspekt sehr wichtig. Wie richtig wir da liegen, zeigt uns die Initiative der Herren Gieske, Piltz und Schröder Ende letzten Jahres. Wir haben in diesem Zusammenhang kritisiert, daß der niedersächsische Ministerpräsident Schacht Konrad als Morgengabe für einen fragwürdigen Deal der Energiewirtschaft andienen wollte. In den zahllosen Briefen, die Ministerpräsident Schröder jetzt zu seiner Rechtfertigung in die Region schickt, heißt es unter anderem - ich zitiere wörtlich -:

"Ich kann es verstehen, daß Vertreter der Region in dieser Haltung regionsspezifische Anliegen nicht aufgehoben sehen und mir den Vorwurf machen, ihre Interessen nicht mehr zu vertreten. Ich bitte aber um Verständnis dafür, daß ich als SPD-Vertreter in Regierungsverantwortung die Gesamtaspekte von Kernenergienutzung und Entsorgung in meine Entscheidung einbeziehen muß."

Nun ist Konrad aber kein regionales Problem. Das tatsächliche mengenmäßige Atommüllproblem kommt gerade aus dem Bereich des konradgängigen Atommülls. Die Genehmigung von Konrad hieße aber zugleich, den Betrieb von Atomanlagen für einen sehr langen Zeitraum zu sichern.

Völlig unterschätzt wird nach unserer Auffassung von der Genehmigungsbehörde die Eigendynamik, die ein national genehmigtes Endlager Konrad im Zusammenhang der Rechtsentwicklung in der EG hätte. Ein nationales Endlager mit einem Lagervolumen von 650 000 m<sup>3</sup> macht keinen Sinn, wenn in dessen Betriebszeit national nur 200 000 m<sup>3</sup> Atommüll produziert werden. Es ist eine ziemliche Selbstüberschätzung, wenn die Genehmigungsbehörde meint, per Planfeststellungsbescheid eine internationale Nutzung ausschließen zu können. Und während sie dies hier im Termin verkündete, verhandelte Ministerpräsident Schröder bereits über die Internationalisierung des Atommüllproblems! Darum sei an die Adresse von Ministerpräsident Schröder und der Genehmigungsbehörde gesagt: Die Bedrohung durch Konrad mag eine regionale sein, aber die Bedeutung von Konrad ist international. Wir werden uns auf beiden Ebenen zu wehren wissen.

(Beifall bei den Einwendern)

Zum Erörterungstermin ist zu sagen: Wir haben uns trotz Warnungen von vielen Seiten auf diesen Termin eingelassen, weil wir davon überzeugt sind, daß ein

Atommüllendlager in Konrad aufgrund der von Anfang an lückenhaften Pläne rein rechtlich nicht genehmigt werden kann und darf.

(Beifall bei den Einwendern)

Wir wollten den wissenschaftlichen Diskurs mit allen Verfahrensbeteiligten, wir wollten aber auch prüfen, ob ein solcher Termin mit einer atomkritischen Behörde sinnvoller verlaufen kann, als wenn von vornherein klar ist, daß die Behörde und der Antragsteller dieselbe Zielsetzung haben. Der Diskurs mußte scheitern angesichts des Antragstellers, der sich verweigerte und über weite Strecken gemauert und ausschließlich verfahrensmäßig taktiert hat.

(Beifall bei den Einwendern)

Von der Genehmigungsbehörde hätten wir erwartet, daß sie ihren eigenen Erörterungsbedarf deutlich erklärt hätte. Wir verkennen nicht die Mühe, die Sie sich im Termin gegeben haben, aber den Beweis, daß eine atomkritische Behörde nicht nur anders redet, sind Sie uns zumindest im Termin noch schuldig geblieben. Glaubt man den Worten von Herrn Töpfer, steht Ihnen Ihre Bewährungsprobe ja bald bevor.

Die wissenschaftliche Arbeit in dem Termin haben die Sachbeistände der Einwender und Einwenderinnen geleistet. Sie haben die Arbeit geleistet, die eigentlich die Aufgabe des Antragstellers gewesen wäre:

(Beifall bei den Einwendern)

eine nach dem heutigen Stand der Technik umfassende Berücksichtigung aller in Frage kommenden Faktoren. Die Basis für die Entwicklung der wissenschaftlichen Kritik am Konrad-Projekt war während des gesamten Verfahrens die Bereitschaft der Kommunen, sich politisch und finanziell zu engagieren.

Ein besonderer Dank gilt an dieser Stelle Rechtsanwalt Nümann, der sich mit hohem persönlichem Engagement für die Interessen der betroffenen Bevölkerung eingesetzt hat.

(Beifall bei den Einwendern)

Aus unserer Sicht war nicht zu erwarten, daß dieses Verwaltungsverfahren so spannend sein würde, daß es ständig 3 000 Menschen anziehen würde. Um so mehr ist hervorzuheben, daß bis zum Ende dieses Termins eine kontinuierliche Teilnahme von einzelnen Einwenderinnen zu verzeichnen ist.

(Beifall bei den Einwendern)

Gerade im Hinblick auf die damit verbundenen psychischen, physischen und auch finanziellen Belastungen bedeutet dies einen immens hohen persönlichen Einsatz seitens der Einwender und Einwenderinnen. Stellvertretend möchten wir Frau Streich, Herrn Chalupnik und das Ehepaar Traube nennen.

(Beifall bei den Einwendern)

Aber ein wesentlicher Teil dieser Auseinandersetzung findet auch außerhalb dieses Termins statt. So sind gerade in den letzten Monaten in der Region neue Bürgerinitiativen entstanden, und die AG erfährt allen Unkenrufen zum Trotz wachsende Unterstützung. Das Landvolk, der DGB, alle Kommunen und die Mehrzahl der Menschen in dieser Region lehnen Konrad ab.

Selbst wenn die Planfeststellungsbehörde während dieses Erörterungstermins sich schwergetan hat, die sozialen Aspekte gleichrangig mit den wissenschaftlichen und juristischen Argumenten zu behandeln, sollte sie sich bewußt sein, daß selten in der Geschichte der Bundesrepublik eine Region so geschlossen einem Projekt widerstand. Der Widerstand wird so vielfältig bleiben. Je massiver der Druck wird, das Projekt durchzusetzen, um so massivere Formen wird es auch diesem Widerstand geben.

Wir haben in den letzten fünf Monaten diesem Termin beigewohnt. Was übrigbleibt, ist das Gefühl, das kann es doch nicht gewesen sein. Wir sind nicht unbedingt der Meinung, daß alles ausreichend erörtert worden ist, aber mehr werden wir hier nicht zu hören kriegen. Die Entscheidung fällt jetzt auf der politischen Ebene in Bonn, in Hannover und in der Region. Das letzte Wort haben wir - hier und jetzt auf der Straße!

(Beifall bei den Einwendern. - Unter lautem Klatschen, Pfeifen, Singen und Trommeln verlassen die Einwender den Verhandlungssaal.)

**VL Dr. Schmidt-Eriksen:**

Meine sehr geehrten Damen und Herren, mir war der Beitrag von Frau Jacob-Prael durch die Arbeitsgemeinschaft Schacht Konrad als der letzte für diesen Erörterungstermin angekündigt worden. Während sie ihren Beitrag hielt, kamen drei weitere Wortmeldungen herein, die aber zurückgezogen wurden. - Frau Schermann schüttelt mit dem Kopf, weiß davon nichts. Frau Schermann möchte also noch das Wort ergreifen als persönlicher Beistand für Herrn Brink. Frau Schermann, bitte sehr!

**Frau Schermann (EW):**

Da ist wohl ein Fehler unterlaufen. Eigentlich hätte ich nicht zum Schluß reden sollen. Aber Herr Brink hat eine Einwendung schriftlich eingereicht, weil er selbst nicht kommen kann. Er hat irgendwie einen Unfall gehabt. Ich möchte die gesamten Fragen nicht noch einmal aufzählen; die werde ich einreichen. Aber seine Einwendung müßte ich noch vorlesen.

**VL Dr. Schmidt-Eriksen:**

Wenn Sie meinen, daß das unbedingt notwendig ist. Sie haben die Gelegenheit. Wir wollen heute bis 14 Uhr verhandeln.

**Frau Schermann (EW):**

Gut.

"Axel Brink, Mühlendamm 8 in Elmshorn. Einwendung gegen die geplante Einrichtung und den Betrieb eines Endlagers im ehemaligen Erzbergwerk Schacht Konrad in Salzgitter. Begründung:

A) persönlich: Derzeit halte ich mich beruflich vorübergehend in Elmshorn auf. Mein Hauptwohnsitz befindet sich in Wolfenbüttel, Stadtmarkt 11. Dieses über Generationen im Familienbesitz befindliche Grundstück beabsichtige ich zu gegebener Zeit selbst zu bewohnen und durch Vermietung wirtschaftlich zu nutzen. Durch die vom Antragsteller beabsichtigte Ableitung radioaktiver Emissionen ist eine Belastung dieses Grundstückes, welches sich südöstlich der Liegenschaft des Antragstellers befindet, also in der Hauptwindrichtung, zu befürchten. Diese können meine Gesundheit schädigen und den Wert des Grundstückes mindern.

B) sachlich: Die Unterlagen des Antragstellers weisen keinerlei exakte Spezifikation der einzulagernden Abfälle bzw. der chemischen und radioaktiven Inhaltsstoffe auf. Eine derartige Eingrenzung der einzulagernden Substanzen scheint vom Betreiber nicht beabsichtigt, da er sich in der Eingangskontrolle mit Oberflächenwischtests und Oberflächenendosismessungen bescheidet. Wie der sogenannte Transnuklear-Skandal erst kürzlich erwiesen hat, ist dies keinesfalls ausreichend, um die Schutzfunktion des Atomgesetzes zu gewährleisten.

Die Risiken der einzulagernden Abfälle bestehen nicht in ihrer Strahlung, die abzuschirmen ich dem Antragsteller durchaus zutraue, sondern in unkontrollierten und nicht beeinflussbaren Reaktionen, durch das Wechselspiel chemischer und physikalischer Reaktionen der Inhaltsstoffe während der Langzeitlagerung. Die Risiken derartiger Folgeprodukte werden vom Antragsteller in keiner Weise berücksichtigt.

Aus den hier kurz zitierten Gründen sowie weiteren von mir mündlich im Verfahren auszuführenden ist dieses Vorhaben nicht genehmigungsfähig. Folgt Rechtsvorbehalt."

Ich habe mir die Fragen durchgelesen und festgestellt, daß sie hier alle erörtert wurden bis auf eine, die ich hier noch einmal zu Protokoll geben kann. Sie kön-

nen mich ja berichtigen, wenn die hier schon einmal erörtert wurde. Das ist die Frage 7:

"Mir liegt eine Stellungnahme der Asse-Betreiber vor, daß erhöhte Pb-210-Konzentrationen im Stadtgebiet Braunschweig auf den früheren Routineendlagerbetrieb dort zurückzuführen sind. Die Antragsteller beabsichtigen ebenfalls, Pb 210 auszuwettern. Pb 210 steht am Ende der Zerfallsreihe, ist also besonders langlebig.

A) Mit welchen langfristigen Folgen auf den Gesundheitszustand der Bevölkerung rechnen die Antragsteller?

B) Auf welchen wissenschaftlichen Untersuchungen basieren die Annahmen der Antragsteller?

C) Wie ist nach Meinung der Antragsteller die Inkorporation dieser wie auch anderer im Normalbetrieb freiwerdender Isotope mit den Schutzzwecken des Atomgesetzes zu vereinbaren?

Anmerkung: Der Schutz vor Gefahren ionisierender Strahlen (AtG) kann sich nicht nur auf die Bestrahlung der Körperoberfläche, sondern auch auf die Inkorporation mit Atmung, Nahrung usw. beziehen.

Mit freundlichen Grüßen"

**VL Dr. Schmidt-Eriksen:**

Danke sehr, Frau Schermann. Wir nehmen das so zur Kenntnis. Ich stelle dem Antragsteller anheim, dazu Stellung zu nehmen. Für die Genehmigungsbehörde verweise ich auf die gehabte Möglichkeit, diesbezüglich zum Tagesordnungspunkt 4 - radiologische Auswirkungen der Anlage - zu verhandeln. Wir haben immer gesagt, es ist nicht Sinn des Tagesordnungspunktes 10, die abgearbeiteten Tagesordnungspunkte erneut aufzugreifen und erneut abzuarbeiten. Insofern bleibt es bei diesem Hinweis auf die gehabte Erörterung.

Möchte der Antragsteller in der Sache dazu noch Stellung nehmen? Herr Dr. Thomauske!

**Dr. Thomauske (AS):**

Hier schließen wir uns ausnahmsweise der Haltung der Verhandlungsleitung an.

**VL Dr. Schmidt-Eriksen:**

Das ist nett, danke sehr. - Meine Damen und Herren, neben Frau Schermann hat sich noch ein Herr oder eine Frau Krüger gemeldet. Herr Krüger, bitte!

(Zuruf von Frau Schermann (EW))

- Frau Schermann wünscht erneut das Wort. Bitte!

**Frau Schermann (EW):**

Wie Sie sehen, kann man mein Beispiel, daß es eben nicht der letzte Beitrag war, als Beispiel für das Restrisiko Mensch nehmen. Es läuft nicht immer alles so, wie man sich das gedacht hat.

Als weiten Hinweis möchte ich noch zu Protokoll geben: Es gibt durchaus noch viele, viele Einwander, die hier nicht zugegen sein können, die sich aber trotzdem gegen dieses Projekt aussprechen. - Danke.

**VL Dr. Schmidt-Eriksen:**

Danke sehr, Frau Schermann. - Herr Krüger, Sie möchten dann doch noch zu Wort kommen. Bitte sehr!

**Krüger (EW):**

Einige Dinge zum Punkt 10, zu einem Punkt, der schon abgehandelt wurde, den ich aber doch noch auffassen möchte. - Ich will zunächst ganz kurz erklären, wie ich in diese ganze Konrad-Problematik hineingekommen bin. Ich habe am 15.3.1989 an einer Sitzung des Umweltausschusses der Stadt Salzgitter teilgenommen, in der über die Konrad-Transporte gesprochen wurde. Ich war damals noch nicht allzu tief in dieser ganzen Atomdebatte drin. Mir war aber bekannt, daß durch Niedrigstrahlung Schäden an Menschen entstehen könnten. Ich habe die anwesenden Vertreter von GRS, BMU, NMU und PTB, Abteilung SE, gefragt, wer mir durch seine Unterschrift garantieren könnte, daß meine Kinder - ich wohne in Geitelde in unmittelbarer Nähe des Übergabebahnhofs Beddingen - durch diese Niedrigstrahlung keine Schäden erleiden können.

Über diese Frage wurde zunächst geflissentlich hinweggegangen - denn es sprach ja nur ein kleiner dummer Junge -, bis der Wolfgang Neumann von der Gruppe Ökologie diese Frage aufgriff und sagte: "Nun antworten Sie doch diesem jungen Mann!"; ich war damals noch jünger. Es kam dabei heraus, daß mir niemand diese Unterschrift geben würde. Daran sieht man auch, wie naiv ich damals war. Heute würde ich so eine Unterschrift von diesen Herren nicht verlangen. Sie hätte keinen Wert für mich.

Das war mein Einstieg in die Geschichte. Da mir niemand sagen konnte, daß meine Kinder - mittlerweile sind es drei - nicht darunter leiden werden, habe ich gedacht, damit mußt du dich näher befassen. Ich habe viel über die Niedrigstrahlung gelesen, Ausarbeitungen von Stern, Wood, Goldmann usw. Ich habe oft gelesen, daß die Gefährlichkeit der Niedrigstrahlung um den Faktor 100 bis 1 000 unterschätzt wird.

Hier wird sich immer wieder auf die Grenzwerte der Strahlenschutzverordnung zurückgezogen. Die können für mich keinen Wert haben. Wenn der Antragsteller von sich aus seine Antragswerte um das Tausendfache herabgesetzt hätte, dann könnte ich mit diesem Plan le-

ben. Da das nicht geschehen ist, kann ich mit diesem Plan nicht leben. Die Strahlenschutzverordnung ist für mich nicht das Maß der Dinge. Und auch solch ein Verfahren sollte sich nicht hinter Gesetzen verstecken. Es dient auch immer der neuen Rechtsfindung, Rechtserweiterung, Kommentierung, alles, was daraus geschieht. Vielleicht wäre das einmal ein Verfahren, in dessen Zuge man die Strahlenschutzverordnung richtig anzweifeln könnte.

In diesem Zusammenhang wird immer die vorhandene natürliche Strahlung angeführt. Daß sie nicht ungefährlich ist, sieht man allein durch die Flugpilotenvereinigung "Cockpit", wo man sich langsam auch Gedanken macht, wie oft und wie lange man fliegt. Um ein bißchen draufzupacken, möchte ich als Beispiel anführen, wie das ist, wenn ein Haus brennt. Wenn ein Haus brennt, kann ich es in aller Ruhe brennen lassen und zugucken. Wenn ein Haus brennt, kann ich aber auch die Feuerwehr rufen, in der Hoffnung, daß der Brand gelöscht wird. Oder aber ich schnappe mir noch zwei Kanister Benzin und haue sie drauf, nach dem Motto: Wenn es eh brennt, machen wir noch ein bißchen mehr. - Jeder, der mit dieser natürlichen Strahlung argumentiert, mag für sich selbst entscheiden, ob er Biedermann, Brandstifter oder Feuerwehrmann ist. - Das zu dieser Sache.

Dann zu der Frage, warum hier so wenig Leute herkommen. Diese Frage habe ich mir auch gestellt. Es ist ganz klar: weil es in vielen Veröffentlichungen heißt, das Ganze hier ist schon gelaufen. Diese PTB-Broschüre, in der am Anfang erläutert wird, daß weltweit nachgewiesen ist, daß Schacht Konrad sicher ist, kennen Sie. Das kann man so schreiben.

Dann gibt es aber Dinge, die so ein bißchen unter die Gürtellinie gehen. Da gibt es einen Bundesverdienstkreuzträger, der hier die Pressearbeit macht, und da liest man dann in der "Braunschweiger Zeitung", Stadt- ausgabe vom 6.5.1989, in der Zeit, in der die Harz- und Heide-Ausstellung lief - der Satz ist lang; es kommt nur auf den letzten Halbsatz an, ich muß ihn aber trotzdem vorlesen -:

"Die PTB, deren Abteilung für Sicherstellung und Endlagerung radioaktiver Abfälle voraussichtlich noch im Laufe dieses Jahres dem neugeschaffenen Bundesamt für Strahlenschutz in Salzgitter eingegliedert wird, bietet auf ihrem Stand neben reichlich Informationsmaterial eine Reihe von Schaukästen, die einen Blick ins Innere des Schachtes Konrad in der Nähe von Salzgitter bieten und"

- jetzt kommt es -

"wo bereits seit Jahren schwachradioaktiver Abfall gelagert wird."

Ja, wenn so was publiziert wird, wer kommt denn noch hierher? Ich habe die Zeitung zwei Wochen im nachhinein ausgiebig studiert: Es erfolgte kein Widerruf. Herr-

gott, wer soll denn noch kommen, wenn geschrieben wird, da ist schon Zeug drin? Dann brauche ich doch nichts mehr dagegen zu machen.

Durch die "Bild"-Zeitung - man soll ja alle Zeitungen lesen - geistern auch Artikel. Da steht dann so drin: "Noch lagern sie in Gorleben, sollen später ins Endlager Schacht Konrad."

Ich zitiere aus dem "Spiegel" vom 10.9.1990 eine Anzeige Ihrer Stromversorger. Da heißt es schlicht und einfach: "Endlager in Salzstöcken sind in der fortgeschrittenen Planung. Das Endlager Konrad wartet auf die Betriebsgenehmigung." Bei Konrad wartet man nur noch, aber es gibt Menschen, die warten, bis sie schwarz werden. Das kann ich dazu nur sagen.

Dann habe ich noch eine schöne Geschichte vom Informationskreis Kernenergie, eine Broschüre "Kernenergie klar und verständlich", erste aktualisierte Auflage 1989, ein Riesenartikel: "Ideale Endlager - Salzstöcke". Es wird schön salmoniert, wie toll das alles ist. Ganz klein die letzten vier Sätze: "Ein Sonderfall ist das ehemalige Eisenerzbergwerk Konrad in Salzgitter, das für eine Endlagerung nicht wärmeentwickelnder radioaktiver Abfälle geeignet ist."

Eindeutige Aussagen. Warum sollen wir hier eigentlich noch erörtern, wenn das für die Herrschaften schon alles ganz klar ist?

Ich habe in meiner Einwendung angeführt, daß ich Angst habe, unter anderem um die Unabhängigkeit der Justiz. Wir werden uns ja wahrscheinlich noch an anderer Stelle wiedersehen. Beispielhaft sei der Fall Wackersdorf angeführt. Hier wurde in einem Verfahren vor dem Oberverwaltungsgericht München eine Urteilsverkündung mit den Worten "im Namen des Freistaates Bayern" und nicht "im Namen des Volkes" eröffnet. Der Richter hatte sich offensichtlich innerlich mit dem Beklagten, nämlich dem Freistaat Bayern, so sehr identifiziert, daß er das Urteil im Namen des Beklagten eröffnete. - Quelle des Ganzen: Rundfunksendung April 1989, ausgestrahlt über NDR 4, Titel: Atomstreit durch alle Instanzen.

Wenn ich das Gerangel sehe um Morsleben, um den Einigungsvertrag! Alles, was die ehemalige DDR gemacht hat, war Scheiße, es war schlichtweg Scheiße. Bloß dieses Lager Morsleben war auf dem Stand von Wissenschaft und Technik. Das wird übernommen, obwohl einige Wissenschaftler dieses Ding mit einer hyperaktiven Tropfsteinhöhle gleichsetzen. Das kann ich nicht nachvollziehen. Und so wird es wahrscheinlich im Fall Konrad werden. Wir haben den Entsorgungsdruk, wir haben diese schönen finanziellen Vorleistungen, und dann wird irgendwann gesagt: Kinders, nun laßt es doch, wir machen das dann einfach, es wurde soviel gezahlt, soviel gesagt, wir ziehen das Ding so durch.

Lagerkapazität, Restrisiko, Sankt-Florians-Prinzip. Dadurch, daß ich das Restrisiko, das Schacht Konrad bietet, auf mich nehme und nichts dazu sage, nehme ich das Restrisiko aller Akws, die zur Zeit betrieben werden und die durch Konrad eventuell einen Entsor-

gungsnachweis bekommen und auch noch in Betrieb genommen werden, auf mich.

Ich kämpfe hier für meine Kinder. Ich möchte nicht, daß an anderen Standortgemeinden kleine Kinder verstrahlt werden. Das heißt: Ein Restrisiko Konrad ist für mich ein Restrisiko für den Bestand dieser Gesamtgesellschaft.

(Beifall bei den Einwendern)

Ich möchte abschließend --- Nein, noch nicht abschließend, es kommt noch das persönliche Fazit mit einem Bereich meines Dienstes. Ich versee als Polizeibeamter des Landes Niedersachsens Dienst und habe dazu eingewandt: Als Polizeibeamter sehe ich mich durch einen Atommüllendlagerbetrieb neuen, nicht hinnehmbaren Berufsrisiken ausgesetzt. Mir wird als Polizeibeamtem ein höherer Strahlengrenzwert als der Normalbevölkerung zugemutet. Durch folgende denkbare dienstliche Tätigkeiten könnte er über Jahre hinaus ausgeschöpft, gegebenenfalls überschritten werden. Beispielhaft angeführt waren Lotsung, Transportbegleitung, Objektschutzmaßnahmen, Maßnahmen bei Störfällen und Unfällen.

Zu dem Zeitpunkt, zu dem ich diese Einwendung geschrieben habe, war ich Dienstabteilungsführer beim zentralen Verkehrsdienst, habe so manches gelotst, hinter mir ist vieles her gefahren. Der Fricke-Schmidbauer-Kran, Atommüll und der Bundeskanzler; ich habe es alles überlebt. Aber wenn das dann massiv auftritt: Ich weiß nicht.

Nun, mittlerweile bin ich weg von dieser Dienststelle, habe mich aber in Sachen Konrad nicht verbessert, weil ich nun Dienstabteilungsführer im Fünften Polizeirevier in Braunschweig bin, und dazu gehört nun leider Gottes der Übergabebahnhof Beddingen. Da das ein Privatbetrieb ist, hat da auch die Bahnpolizei nichts zu suchen. Ich weiß nicht, ob es da irgendwann noch einmal ein Kompetenzgerangel geben wird. - Entschuldigung, die Bahnpolizei ist es ja nicht mehr, sondern der Bundesgrenzschutz. Ich nehme an, das wird in niedersächsischer Hand bleiben.

Ich möchte die Ängste, die ich da habe, durch eine Geschichte in bezug auf den Castor-Behälter vertiefen. Jahrelang wurde uns erzählt, der Castor-Behälter ist sicher, der Castor-Behälter ist schön, der Castor-Behälter ist gelb, den könnt ihr ruhig begleiten, da dürft ihr ruhig dicht drangehen. Ich verweise nun auf einen Fernschreiberlaß Hannover IM, 21.3-12129/6, im Auftrag Weiß, vom 14.1.1993, wo aus biologischen Gründen bestimmte Personengruppen, bestimmte Polizeibeamte von der direkten Castor-Begleitung ausgenommen werden. Ich gehöre leider Gottes nicht zu denen.

**VL Dr. Schmidt-Eriksen:**

Ihnen ist aber bekannt, daß der Castor nicht in Schacht Konrad eingelagert wird?

**Krüger (EW):**

Mir ist bekannt, daß der Castor nicht nach Konrad kommt. Mir wurde auch jahrelang erzählt, daß der Castor ungefährlich ist. Vielleicht kommt ja in zehn Jahren ein Fernschreiben: Auch bei Konrad-Behältern dürfen die und diejenigen nicht so dicht dran.

(Beifall bei den Einwendern)

Herr Schmidt-Eriksen, ich bin auch seit fünf Monaten hier, meist im Hintergrund. Sie können mir glauben, so ein bißchen was habe ich auch dazugelernt.

Eine andere Sache - dagegen kann ich nicht soviel tun - ist das Hereintragen von Unfrieden in die Region. Ein Mann, der mittlerweile mein oberster Dienstherr geworden ist, früher noch Braunschweiger Oberbürgermeister, hat gesagt: Wenn Konrad hierher kommt, wird wieder einmal ein politisches Problem auf dem Rücken von Polizeibeamten ausgetragen. - Auch das möchte ich hier eigentlich nicht. Ich habe genug Grobseinsätze hinter mir. Ich weiß, daß manchmal der Unfrieden von der einen und manchmal von der anderen Seite ausgegangen ist, daß sich einiges aufgeschaukelt hat. Im Endeffekt wird man nie genau wissen, wer es nun letztendlich hat eskalieren lassen. Ich möchte es einfach nicht. Ich brauche es nicht mehr. Irgendwann wird man so alt, daß man das nicht mehr braucht.

Abschließend - ich habe Ihnen versprochen, daß ich mich recht kurz halten werde - möchte ich doch noch das persönliche Fazit ablesen, das auch meiner Einwendung anhängt, das ich in Absprache mit meiner Familie für unsere Familie getroffen habe: Man mag uns nun auf die - unseres Erachtens zweifelhaften - Kosten-Nutzen-Analysen - unter anderem Schaden der Volksgesundheit zu dem vermeintlichen Nutzen der Energiegewinnung auf atomaren Wege und das im Laufe der Jahre verwässerte Minimierungsgebot - verweisen und behaupten - jetzt kommt diese Sozialadäquanz -, daß unsere Familie die in den Einwendungen formulierten Risiken zum Nutzen der bundesdeutschen, sprich europäischen Bevölkerung, sprich Energieversorgung auf sich nehmen muß.

Dem möchten wir als Familie Krüger folgendes entgegen - beim ersten Punkt scheint sich langsam etwas zu ändern, aber es ist nicht noch soweit: Solange Energie als reines Wirtschaftsgut gehandhabt wird und in diesem Bereich auf Expansion statt auf Einsparung gesetzt wird, solange übernehmen wir überhaupt kein Risiko für andere. Es heißt immer so schön, daß Unternehmer - hier die EVUs - einen gewissen Gewinn haben, weil sie auch das unternehmerische Risiko tragen. Dieses Risiko soll auf uns abgeladen werden, nämlich in Form der Endlagerung in unserer Region. Nein danke!

Wie schon oft erwähnt, werden die Gefahren der Niedrigstrahlung heruntergespielt und verniedlicht. Unter der Voraussetzung der heutzutage geltende Grenzwerte ist dieses Endlager vor unserer Tür absolut in-diskutabel. Bei jeder Atomanlage sieht man nur das Einzelrisiko. Immer wird nur punktuell der gerade aktuelle

Standort betrachtet. Wir wollen durch ein Endlager Konrad nicht für den dann zu befürchtenden Ausbau der Atomindustrie verantwortlich sein.

Moral und Anstand dieser Gesellschaft sind am Sinken. Atomskaudale, Dienstwagenbenutzung, Beschleunigungsgesetze, Raststättenvergabe, Parteispendenaffäre - zu dieser Zeit geschrieben -, Amigo und was noch alles dazukommt: Es ist zu bezweifeln, ob diese Gesellschaft in allen Konsequenzen atomkonform ist.

Die Gefahr von kriegerischen Auseinandersetzungen in dieser Welt nimmt wohl eher zu als ab. Atomanlagen sind potentielle Angriffsziele. So was brauchen wir hier nicht.

Das Märchen vom billigen Atomstrom glaubt längst kaum noch jemand. Dazu kann ich Ihnen, wenn sie wollen, das Buch "Das Ende der Atomindustrie" von Gerhard Pott nachschicken; das möchte ich nicht näher ausführen, und gleich bin ich auch vorbei. Gehen ohne Atomstrom wirklich die Lichter aus? Hierzu kann ich nur einen Bericht aus dem Magazin der Woche der ARD, gesendet am 9.4.1989 empfehlen. Da ging es letztendlich darum, daß den Leuten im Stuttgarter Raum ständig erzählt wurde, ohne Neckarwestheim 2 gehen die Lichter aus. Als Neckarwestheim 2 dann stand, kam man dazu, daß man 40 % Stromüberschuß hat. Man hat aber schlechte Karten, den Strom zu verkaufen, weil auf diesem Markt auch die Franzosen ihren Atomstrom loswerden wollen.

Unter Punkt i, Atom und Sicherheit?, habe ich nur "Harrisburg, Tschernobyl..." geschrieben.

Das sind nur einige Gründe, warum man unsere Familie nicht auf der Kostenseite der Kosten-Nutzen-Analyse veranschlagen darf. Dies wäre durch einen Endlagerbetrieb Schacht Konrad gegeben.

Aus ethischer Sicht ist Kernenergiegewinnung untragbar. Durch Konrad bekäme sie einen Entsorgungsfreibrief. In Verantwortung für unsere Kinder und die nachfolgenden Generationen lehnen wir einen Endlagerbetrieb Konrad entschieden ab.

(Beifall bei den Einwendern)

Um das Ganze abzuschließen: Ich weiß, es ist Sonnabend, es ist Wochenende. Ich erwarte keine Antwort, ich möchte keine Antwort. Ich wünsche Ihnen allen persönlich Gesundheit und das nötige Quentchen Glück, das man so im Leben braucht. - Danke schön.

(Beifall bei den Einwendern)

#### **VL Dr. Schmidt-Eriksen:**

Danke sehr, Herr Krüger. Für Sie gilt hinsichtlich der Gesetzesgeltung das Gleiche, was ich Frau Schermann gesagt habe, als Polizeibeamtem insbesondere. - Herr Dr. Thomauske verzichtet auf eine Stellungnahme.

Als eine weitere Meldung liegt mir die von Herrn Gliemann vor. Herr Gliemann meldet sich nicht. Herr Gliemann ist unterwegs. - Jetzt bin ich irritiert: Ich kenne Sie unter dem Namen Herr Schermann.

#### **Schermann (EW):**

Irritationen sind ja an der Tagesordnung, gerade wenn es um Fragen von Atom geht, recht häufig und in erster Linie für die Einwanderseite; das hat das BfS ja zu Genüge demonstriert. Aber ich habe die Möglichkeit, diese Irritation klarzustellen. Ich bin bevollmächtigt, ich spreche also im Auftrag des Herrn Gliemann.

Kurz zur Person des Herrn Gliemann. Herr Gliemann ist ein 70jähriger Senior aus dieser Region, Gartenbaumeister, und hat sich sein Leben lang mit der Gentechnologie befaßt. Aus gesundheitlichen Gründen kann er persönlich an diesem Termin nicht teilnehmen, er war aber sehr, sehr vehement daran interessiert, daß sein Redebeitrag hier noch zu Gehör gebracht wird. Ich werde die Vollmacht anschließend einreichen und die Worte, die Herr Gliemann uns allen zum Nachdenken eingereicht hat, Ihnen hier zu Protokoll und auch so mit auf Ihren Weg geben.

Dies ist übertitelt mit der Überschrift "Beitrag zur Entgegnung zum Thema Schacht Konrad":

"Das Erbgut, unserer kostbarstes Gut!! In meiner Einwendung an das Umweltministerium habe ich die Ängste und Sorgen zu diesem gefährvollen Vorhaben zum Ausdruck gebracht und keinen Zweifel darüber gelassen, daß wir an der Schwelle der Selbstvernichtung stehen. Es steht außer Frage, daß wir Menschen selbst unseren Lebensraum schon weitgehend radioaktiv verseucht haben. Atombomben! Atomversuche! Unfälle an Atomkraftwerken! Jeder von uns kennt die Folgen. Wir wissen um die atomaren Strahlungen schon beim Transport, erst recht aber bei der sogenannten Endlagerung. Eine völlige Sicherheit kann es gar nicht geben. Die Zweifel auch an den allerbesten Sicherheitsvorkehrungen sind also berechtigt.

Was uns aber zu all den vielen bekannten unheilvollen Auswirkungen atomarer Strahlung besonders betroffen macht, ist die genetische Bedrohung. Die Tatsachen schädigender Einflüsse auf unserer Erbgut sind nicht mehr wegzuleugnen. Beeinflussung der Chromosomenzahl mit allen Folgen - geradezu erschreckend ist die Erkenntnis, daß werdendes Leben im Mutterleib in ganz besonderem Maße bedroht ist. Schon keimendes Leben kann absterben! Fehlgeburten, Verkrüppelungen vieler Art infolge geschädigter Zellformationen. Macht es nicht betroffen, daß wir eventuell Körperverletzung an unseren Nachkommen begehen?

Ein Zurück zur Natur gibt es sicherlich nicht, wohl aber die Möglichkeit behutsamen Umgangs mit den Geschenken der Natur, die uns

so viele Möglichkeiten der Energiegewinnung offenläßt. In dem Schlußwort eines Buches von Herrn Dr. Nieper heißt es: Auf dem Wege zur Technologie der Schwerkraftfeldenergie wären wir um Haaresbreite dem Irrlicht der atomaren Kernenergie zum Opfer gefallen. Dieses Irrlicht ist imstande, die Substanz unseres Daseins aufzuzehren. Das die Erde umgebende Kraftfeld ist unerschöpflich und zugänglich steht es uns neben anderen Quellen zur Verfügung. Nutzen wir doch endlich die uns so überreichen angebotenen alternativen Möglichkeiten, ehe es vielleicht zu spät ist!

G. Gliemann."

"G" steht für Günther.

(Beifall bei den Einwendern)

**VL Dr. Schmidt-Eriksen:**

Meine Damen und Herren, das waren die drei Wortmeldungen, die mir schriftlich eingereicht worden waren, während Frau Jacob-Prael sprach. - Dann wollte Herr Eschemann wohl noch einen Beitrag leisten. Herr Eschemann!

**Eschemann (EW):**

Beitrag nicht. Nach der Vorstellung dieses Werkes bin ich im Foyer von mehreren Menschen angesprochen worden. Die Inhaltlichkeit dieser Gespräche möchte ich hier im einzelnen nicht wiederholen. Es geht eigentlich nur um eine immer wiederholte Fragestellung, die an mich gemacht wurde: Was wird damit danach?

Ich bin ganz ehrlich, ich habe mir, als ich es zusammengefügt habe, keinerlei Gedanken darüber gemacht. Bei mir war in erster Linie der ganz starke Antrieb, es hierherzubringen und hier zur Aussage zu bringen, was es eben darstellt. Sogar Herr Thomauske hat mich eben gefragt: Was wird damit?

Zu dem Zeitpunkt hatte ich eine - ich sage mal - vorläufige Entschlußfindung erlangt, die mir zumindest für meine Emotionen als eine sehr sinnvolle erscheint. Die Stadt Salzgitter plant, auf dem Bahnhofsvorplatz in Lebenstedt ein Gebäude für das BfS zu errichten, ein Domizil für dieses Amt. Ich denke, es wird nicht nur so ein Barackenschachtelwerk, sondern ein entsprechender Repräsentationsbau werden, der mit einem wahrscheinlich auch dann großvolumigen Foyer ausgestattet sein wird. Ich mache - ich weiß nicht, wer der Hausherr dieses Hauses sein wird - diesem Hausherrn heute ein Angebot: eine Dauerleihgabe dieses Werkes, ins Foyer des Domizils des BfS zu stellen,

(Beifall bei den Einwendern)

als Mahnmal, wenn Sie jeden morgen zu Ihrer Dienststelle gehen und daran vorbei müssen, damit Sie wissen, was Sie tun.

(Beifall bei den Einwendern)

**VL Dr. Schmidt-Eriksen:**

Danke sehr, Herr Eschemann. - Herr Thomauske!

**Dr. Thomauske (AS):**

Ich hätte einen anderen Vorschlag zu machen. Über Ihren Vorschlag können wir sicher sehr gerne auch noch diskutieren. Ich hätte den Vorschlag zu machen, dieses - ich habe den Namen des Kunstwerkes vergessen - - -

**VL Dr. Schmidt-Eriksen:**

Konradonit.

**Dr. Thomauske (AS):**

- - - dieses Konradonit möglicherweise bis zur Erteilung der Genehmigung bei der Planfeststellungsbehörde zu deponieren, um sie immer wieder darauf aufmerksam zu machen, nicht zu vergessen, diese Genehmigung in Bälde zu erteilen. Danach könnte dieses Kunstwerk sehr wohl auf dem genehmigten Endlagergelände Schacht Konrad errichtet werden. Ich glaube, auch dies wäre ein guter Vorschlag, Ihren Intentionen gerecht werdend.

(Frau Streich (EW): Nicht bis zur Genehmigung, bis zur Ablehnung!)

Soweit zu diesem Kunstwerk. Ich denke, daß dies vermutlich der letzte Beitrag ist, den ich hier im Rahmen dieses Erörterungstermins abzugeben habe, da dieses die letzte Wortmeldung war.

**VL Dr. Schmidt-Eriksen:**

Nein, ich habe noch nicht nachgefragt, Herr Dr. Thomauske. Das muß ich noch machen.

**Dr. Thomauske (AS):**

Gut, dann beende ich meine Ausführungen, soweit es das Kunstwerk von Herrn Eschemann betrifft.

**VL Dr. Schmidt-Eriksen:**

Danke sehr. - Herr Eschemann, wir sollten das jetzt nicht ausdiskutieren.

(Eschemann (EW): Nichts mehr!)

- Gut. - Meine Damen und Herren, gibt es noch weitere Wortmeldungen? - Ich sehe, daß das nicht der Fall ist. Ich für meinen Teil müßte noch zu Frau Jacob-Prael nachtragen, daß, so wie sie Inhalt und Aussagen des Ministerpräsident des Landes Niedersachsen dargestellt hat, wir dies als Planfeststellungsbehörde, als Umweltministerium, natürlich nicht teilen können. Ich verzichte aber hier auf die erneute Klarstellung und verweise Sie, meine Damen und Herren, auf die Möglich-

keit, den Ministerpräsidenten diesbezüglich selbst dazu hören, was er sich denn dabei vorgestellt hat, als die Konsensverhandlungen mit den besagten Papieren begannen, ich verweise auf eine Diskussion, die in Salzgitter am 15. April mit dem Ministerpräsidenten stattfinden wird.

Herr Dr. Thomauske, möchten Sie nunmehr eine abschließende Stellungnahme abgeben?

**Dr. Thomauske (AS):**

Zum letztenmal für diesen Termin: Thomauske für den Antragsteller. - Wir haben die inhaltliche Bewertung dieses Erörterungstermins gestern abgegeben. Wie heute auch schon diskutiert wurde, hat dieser Erörterungstermin nach unserer Einschätzung keine Punkte ergeben, die einer Genehmigung im Wege stehen könnten. Deswegen formulieren ich hier an dieser Stelle noch einmal unsere Erwartungshaltung. Wir gehen davon aus, daß jetzt zügig die Gutachten fertiggestellt werden und der Planfeststellungsbeschuß ergeht. - Danke.

**VL Dr. Schmidt-Eriksen:**

Danke sehr, Herr Dr. Thomauske. - Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe es in den letzten fünf Monaten manchmal nicht mehr erwartet, daß wir so zu einem Abschluß kommen könnten, wie wir heute diesen Termin doch haben beschließen können. Der formelle Akt wird gleich folgen.

Es ist mir ein Herzensbedürfnis, Dank auszusprechen den Gutachtern, die mit einem großen Engagement diesen Termin begleitet haben: Herr Dr. Wehmeier für den TÜV stellvertretend genannt, Herrn Gresner für das Oberbergamt, Herrn Dr. Langer und Herrn Dr. Goldberg für das NlFB und Herrn Schüngel für die Deutsche Projektunion.

Ich muß mich ganz herzlich bei den Mitarbeitern des Niedersächsischen Umweltministeriums bedanken, und zwar nicht nur bei denjenigen Mitarbeitern, die Ihnen sichtbar hier gegenüber gesessen haben, sondern für ein wirklich aufopferndes und über jegliches von Kollegen zu verlangende Engagement hinausgehendes Engagement stellvertretend für eine Reihe von Mitarbeitern insbesondere bei der Kollegin und dem Kollegen Peter Scherneck und unserer Barbara von Zitzewitz. Ich denke, diese beiden Kollegen insbesondere haben - das wissen auch die Einwender, das weiß auch der Antragsteller, und das wissen auch die Gutachter - für unser aller Wohlbefinden hier mehr beigetragen, als wir hätten von ihnen verlangen dürfen, daß sie es tun sollten.

(Beifall)

Ich darf mich bedanken bei der Firma SCS, die es ermöglicht hat, diesen Erörterungstermin so schnell fortzuführen, die es ermöglicht hatte in Salzgitter, die die Pause über Weihnachten, die sehr kurz war, genutzt hat, um uns hier diese Möglichkeit aufzubereiten. Auch das war nur mit einem Engagement möglich gewesen,

das über alles Selbstverständliche hinausging. Auch den Mitarbeitern und Kollegen herzlichen Dank!

Meine Damen und Herren, ich habe am Anfang dieses Termins ausgesprochen, daß ich mir wünschen würde, daß wir am Ende dieses Termins allesamt, daß alle Betroffenen erhobenen Hauptes aus der Erörterung herausgehen können, daß wir uns alle als Menschen ins Auge sehen können. Wir wußten alle, welche Schwierigkeit vor uns steht, wir wußten alle, daß wir im Gegensatz zu manch anderem Planfeststellungsverfahren, wo es möglich ist, innerhalb der Diskussionen eines Erörterungstermins Einwendungen auszuräumen, vor erheblichen Konflikten stehen würden.

Ich denke, ich bin allen Beteiligten - allen Beteiligten! - zu einem sehr, sehr großen Dank verpflichtet, daß dieser Erörterungstermin insgesamt so in geordneten Bahnen stattfinden konnte, wie er dann stattgefunden hat. Ich möchte diesbezüglich insbesondere Herrn Dr. Thomauske für ein Auftreten als Antragsteller danken

(Zuruf von Schermann (EW))

- das sind jetzt meine Worte -, das auch dazu beigetragen hat, daß dies möglich war.

(Frau Streich (EW): Wir waren viel zu artig, daher kriegen wir keine Antworten! - Zuruf von Schermann (EW))

- Herr Schermann, bitte ruhig!

(Weitere Zurufe von Schermann (EW) und Frau Streich (EW) - Eschemann (EW): Wenn in der Zwischenzeit nur ein Drittel von dem Publikum hier gewesen wäre, das heute hier ist, und eine solche Stimmung gewesen wäre, Thomauske hätte sich irgendwann einen Strick genommen und sich aufgehängt, weil er es nicht mehr hätte ertragen können! - Beifall bei den Einwendern)

- Ich bin eben sehr, sehr glücklich drüber, daß dieses nicht Resultat dieses Termins ist, Herr Eschemann.

(Schermann (EW): Wir bedauern es zutiefst!)

- Das finde ich dann bezeichnend für den, der solche Worte findet, Herr Schermann, das finde ich dann bezeichnend.

Meine Damen und Herren, es war mir auch klar, daß diesen Antrag hier in dieser Region zu verhandeln auch eine Bitterkeit bei den Betroffenen hervorrufen würde,

(Schermann (EW): Wir warnen vor einer Radikalisierung dieser Region!)

eben weil es nicht möglich werden würde, hier mit Einvernehmen aus einem solchen Termin herauszukommen, Verständigung miteinander zu finden.

(Eschemann (EW): Noch bin ich Schmied, noch schmiede ich friedlich. Es gibt eine ganz wahnsinnige Aufforderung zum Frieden:



Macht Schwerter zu Pflugscharen! Es kommt wahrscheinlich so weit, wenn das in Gang kommt, daß ich Pflugscharen zu Schwertern schmieden werde! Mein lieber Mann! Und dann läuft hier Blut! - Beifall bei den Einwendern)

- Ich denke, wir haben versucht, in diesem Termin einander ausreden zu lassen. Ich denke, wir sollten auch versuchen, es zu ertragen, wenn ich jetzt die letzten Worte sage.

(Frau Streich (EW): Darf ich noch was sagen?)

-Nein!

(Frau Streich (EW): Wir Einwender vertreten auch Ihre Gesundheit und Ihre Zukunft. Wir sitzen nicht für uns allein da. Es geht Sie alle hier mit an! - Beifall bei den Einwendern)

Meine Damen und Herren, ich glaube, wir haben im Verlaufe der 75 Erörterungstage miterleben können, daß auch Sie sich den Ihnen gebührenden Respekt bei der Genehmigungsbehörde verschafft haben, daß Sie auch insgesamt respektvoll vom Antragsteller behandelt worden sind. Ich meine jedenfalls, es war möglich, erhobenen Hauptes aus diesem Erörterungstermin miteinander herauszugehen. Ich bin dieser Auffassung.

Nachdem alle Einwendungen hinreichend erörtert worden sind, stelle ich fest, der Erörterungstermin hat seinen Zweck erreicht. Ich freue mich deshalb, ihn hiermit beenden zu dürfen.

Meine Damen und Herren, ich wünsche Ihnen alles Gute. Auf Wiedersehen!

(Beifall)

(Schluß: 13.34 Uhr)

